

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Dezember 1987

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Bundesbeschluss betreffend das Konzept «Bahn 2000»	1'140'857 57.0 %	860'893 43.0 %
Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung	571'447 28.7 %	1'418'231 71.3 %
Volksinitiative «zum Schutz der Moore – Rothenthurm- Initiative»	1'153'448 57.8 %	843'555 42.2 %

Stimmbeteiligung 47.7 %

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Dezember 1987	
Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz	3
1 Stimmbeteiligung und Mobilisierung	4
1.1 Die Stimmbeteiligung	4
1.2 Aspekte der Mobilisierung	7
2 Bundesbeschluss betreffend das Konzept Bahn 2000	9
2.1 Das Stimmverhalten	9
2.2 Die Entscheidungsmotive	13
2.3 Die Argumente	13
3 Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung	15
3.1 Das Stimmverhalten	15
3.2 Die Entscheidungsmotive	17
3.3 Die Argumente	19
4 Volksinitiative zum Schutz der Moore – Rothenthurm-Initiative	20
4.1 Das Stimmverhalten	21
4.2 Die Entscheidungsmotive	24
4.3 Die Argumente	27
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	29

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate¹

	«Bahn 2000»	Kranken- + Muttersch- versicherung	Rothenthurm- Initiative	Stimme- teiligung
	Ja (in %)	Ja (in %)	Ja (in %)	(in %)
CH	57.0	28.7	57.8	47.7
ZH	66.8	34.2	58.5	50.0
BE	40.7	24.7	59.8	50.5
LU	54.5	27.8	54.9	50.6
UR	63.0	28.4	54.0	46.3
SZ	48.5	22.0	47.3	52.1
OW	51.4	23.8	53.1	44.2
NW	56.1	20.9	51.9	52.0
GL	59.1	23.2	59.1	47.7
ZG	63.0	28.2	56.6	58.4
FR	48.1	22.0	59.9	45.6
SO	36.0	26.9	59.6	62.0
BS	68.0	39.2	69.9	50.8
BL	60.5	31.6	65.3	49.7
SH	66.7	28.9	55.7	71.5
AR	56.0	16.0	57.0	53.9
AI	49.4	13.2	51.3	54.6
SG	60.2	24.2	57.8	47.9
GR	69.2	26.1	54.0	39.8
AG	55.3	24.3	51.3	44.0
TG	57.1	22.3	49.4	49.4
TI	76.6	54.4	59.2	39.3
VD	56.9	22.7	56.0	41.5
VS	54.2	27.9	39.3	41.7
NE	65.6	26.2	60.9	43.8
GE	69.0	39.2	69.5	34.8
JU	67.3	31.1	69.9	50.1

¹ Quelle: *BBI* 1988, I, S. 571ff.

Nachanalyse der Eidgenössischen Volksabstimmung vom 6. Dezember 1987

Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz.

Am 6. Dezember 1987 hatten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über drei Vorlagen zu entscheiden. Bei einer recht hohen Stimmbeteiligung von 47,7% wurden zwei angenommen, die dritte jedoch deutlich verworfen:

- Die Volksinitiative «zum Schutz der Moore», die sogenannte «Rothenthurm-Initiative» befürworteten 57,8 Prozent der Stimmbürger. Einzig die Kantone Wallis, Schwyz und Thurgau lehnten ab.
- Der Bundesbeschluss betreffend das Konzept «Bahn 2000» wurde mit 57% Ja-Stimmen ebenfalls angenommen. Nein-Mehrheiten resultierten in den Kantonen Solothurn und Bern, Freiburg, Schwyz und Appenzell-Innerrhoden.
- Die Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung wurde dagegen mit 71,3% Nein-Stimmen sehr deutlich abgelehnt. Einzig der Kanton Tessin stimmte dieser Vorlage zu.

Während sich im Laufe der Kampagne zur Kranken- und Mutterschaftsversicherung ein Nein abgezeichnet hatte, beurteilte der Grossteil der Kommentatoren das Ja zur Rothenthurm-Initiative als überraschend, wobei besonders die Deutlichkeit der Zustimmung bemerkt wurde. In der fast 100jährigen Geschichte des schweizerischen Initiativrechts ist die Volksinitiative «zum Schutz der Moore» erst die neunte Abstimmung, die zugunsten der Initiative ausgegangen ist. Einzig bei der «Bahn 2000» entschieden die Stimmbürger nach den Wünschen der Landesregierung und den Empfehlungen des Parlamentes. Das Ja wurde in der Presse als Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr interpretiert.

In der nachfolgenden Untersuchung sollen einige wesentliche Aspekte des Abstimmungsverhaltens beleuchtet werden. In einem ersten Teil wird das Teilnahmeverhalten diskutiert: Wer ging am 6. Dezember 1987 stimmen? Welche Konfliktlinien lassen sich erkennen? Zudem soll der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen die Kombination dieser drei Abstimmungsvorlagen hatte. Die Stimmbürger wurden mit drei Vorlagen höchst unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Inhalts konfrontiert. Welche Vorlage haben die Bürger als besonders wichtig beurteilt? Bei welcher Vorlage fiel ihnen der Entscheid schwer?

Den Aspekt der Meinungsbildung wollen wir, für jede Vorlage separat, in einem zweiten Teil untersuchen: Welche Entscheidungsmotive gaben jeweils den Ausschlag? In welchem Masse wurden die im Abstimmungskampf genannten Argumente von den Stimmbürgern aufgenommen?

Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer Repräsentativ-Umfrage, die von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS) in den ersten drei Wochen nach dem Urnengang durchgeführt wurde. Befragt wurden 1009 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger, die nach einem kombinierten Random/Quota-Verfahren ausgewählt wurden (229 in der französischen, 730 in der deutschen sowie 50 in der italienischen

Schweiz). Für die Konzipierung und Interpretation zeichnete die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik, der Universität Zürich verantwortlich.

1) Stimmbeteiligung und Mobilisierung

Mit 47.7% fiel die Beteiligung bei den eidgenössischen Volksabstimmungen vom 6. Dezember 1987 bemerkenswert hoch aus. Einzig die UNO-Abstimmung im März 1986 (51%) sowie jene über die Zivildienstinitiative (zusammen mit den Vorlagen betreffend Autobahnvignette und Schwerverkehrsabgabe) im Februar 1984 (53%) vermochten in den letzten Jahren noch mehr Bürger zu mobilisieren.

Die bisherige Partizipationsforschung in der Schweiz hat ergeben, dass durchschnittlich rund 30 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung als regelmässige Stimmbürger zu bezeichnen sind. Von den verbleibenden zwei Dritteln sind die Mehrzahl potentiell teilnehmende Bürger und ein kleiner Teil regelmässig politisch Abstinente. Die potentiellen oder gelegentlichen Urnengänger entschliessen sich je nach der eigenen, wahrgenommenen Betroffenheit, dem Profil ihrer Meinungsbildung oder anderen situationsgebundenen Faktoren zur Teilnahme. Am 6. Dezember gingen folglich rund 17 Prozent der gelegentlichen Urnengänger stimmen. Im Langzeitvergleich ist diese Beteiligung als hoch zu werten¹.

1.1. Die Stimmbeteiligung

Die Bereitschaft zur Teilnahme bei Sachabstimmungen ist nicht in allen Gesellschaftsgruppen gleich stark ausgeprägt. Die Partizipation ist, so weiss man aufgrund der bisherigen VOX-Analysen, hinsichtlich des sozialen Status (besonders der beruflichen Stellung und der Ausbildung), des bewohnten Landesteils (vor allem der Sprachgrenze) und der politischen Grundhaltungen (beispielsweise der Parteisympathie, des politischen Interesses etc.) unterschiedlich².

Tabelle 2 zeigt die Stimmbeteiligung aufgrund verschiedener Merkmalsgruppen. Die in der Befragung angegebene Beteiligung (65%) liegt wie gewohnt um einiges höher als die effektive Partizipation an der Urne (hier 47,7%). Dies lässt sich vor allem damit erklären, dass politisch Interessierte eher bereit sind, eine Umfrage zu beantworten, als politisch weniger interessierte Bürger, die sich auch deutlich weniger an die Urne bemühen.

Hinsichtlich der verschiedenen Indikatoren ergibt sich im wesentlichen ein Bild, das die bekannten Partizipationsstrukturen mehr oder weniger bestätigt. Die tiefere Teilnahme der

1 Vgl. dazu Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 22.9.1985, VOX-Nr. 27, Zürich 1985.

2 Vgl. dazu Gruner/Hertig: Der Stimmbürger und die «neue» Politik, Bern 1983, S. 138ff. sowie Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 10. März 1985, VOX-Nr. 25, Zürich 1985.

Tabelle 2: Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmale	Gruppe	Abweichung von der durchschnittlichen Beteiligung aller Befragten
Geschlecht: ¹	Männer	+ 6
	Frauen	- 6
Alter: ¹	20-29jährig	- 7
	30-39jährig	- 6
	40-49jährige	+ 5
	50-65jährige	+ 6
	65-84jährige	+ 3
Ausbildung: ¹	Oblig. Schule	- 11
	Berufsschule u.ä. Gymnasium, Universität	+ 1
		+ 10
Berufl. Stellung: ¹	Erwerbstätige Total	+ 2
	- Selbständige, leit. Ange- stellte, leit. Beamte/Beam- tinnen	+ 4
	- Angest. und Beamte/Beam- tinnen in mittl. Stellung	+ 9
	- Angest. in einf. Stellung	- 3
	- Landwirte	+ 17
	- Arbeiter	- 17
	Nicht-Erwerbstätige Total	- 1
	- Studenten/Studentinnen	- 4
	- Hausfrauen/Hausmänner	- 2
- Rentner/Rentnerinnen	+ 3	
Eigentumsver- hältnisse: ¹	Hauseigentümer	+ 8
	Miete / Pacht	- 7
Wohnform: ¹	wohnt in Einfamilienhaus	+ 9
	wohnt in Mehrfamilienhaus	- 5
Siedlungsart:	Grossstädtische Umgebung	+ 3
	Mittel- u. kleinst. Milieu	- 5
	Ländliches Milieu	+/- 0
Ansässigkeit: ¹	weniger als 5 J. am gl. Ort	- 10
	mehr als 5 J. am gl. Ort	+ 3
PW im Haushalt: ²	Ja	+ 3
	Nein	- 7
Landesteil:	Deutsche Schweiz	+ 2
	Französische Schweiz	- 4
	Italienische Schweiz	- 11
Parteisympathie: ¹	CVP	+ 13
	FDP/LPS	+ 10
	SPS	+ 18
	SVP	+ 9
	LdU/EVP	+ 14
	POCH/PdA	+ 8
	GPS	+ 1
	NA/Vigilants	+ 7
	Keine	- 12

1 Das Merkmal ist sehr signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit $p \leq 1\%$ (Chi-Quadrat-Test)

2 Das Merkmal ist signifikant bei einer Wahrscheinlichkeit $1\% \leq p \leq 5\%$ (Chi-Quadrat-Test)
Stimmbeteiligung der Befragten = 65,3% / Stimmbeteiligung effektiv = 47,7%

Frauen entspricht ebenso wie die bessere Beteiligung der Personen mit höherer Bildung und in besserer beruflicher Stellung dem aus den bisherigen Nachanalysen bekannten Trend. Bemerkenswert ist allerdings die generell gute Beteiligung der Angestellten (besonders jener in mittlerer Stellung), während die Arbeiter überdurchschnittlich häufig der Urne fernbleiben. Die Landwirte, traditionell stimmfreudiger als der Durchschnitt, liessen sich noch zusätzlich stark motivieren. Hier dürften zahlreiche Solothurner und Berner Mittellandbauern ins Gewicht fallen, die sich stark gegen «Bahn 2000» engagierten.

Bisherige Analysen haben gezeigt, dass vor allem die jüngere Generation ihre Teilnahme vom Thema der Vorlage abhängig macht. In der Regel ist die Zahl der gelegentlichen Urnengänger in dieser Alterskategorie überdurchschnittlich gross, während die 40 bis 65jährigen und etwas weniger ausgeprägt die Stimmberechtigten im Pensionsalter häufiger zu den regelmässigen Urnengängern zählen. Je höher die allgemeine Stimmbeteiligung, desto stärker werden allerdings diese Unterschiede ausgeglichen. Diese bisherigen Forschungsergebnisse werden tendenziell bestätigt. Im Vergleich etwa zu den Abstimmungen vom April 1987³ sind die Differenzen zwischen den Altersgruppen deutlich geringer. Besonders die unter 30jährigen haben sich verhältnismässig stark beteiligt.

In zwei soziodemographischen Bereichen weicht die Beteiligungsstruktur vom bekannten Schema ab. Die Langzeitbeobachtung hat ergeben, dass sich die Bewohner ländlicher Regionen stärker mobilisieren lassen als die Städter⁴. Am 6. Dezember 1987 machten jedoch überdurchschnittlich viele Bürger aus grossstädtischer Umgebung von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Bewohner von Mittel- und Kleinstädten sowie deren Agglomeration blieben dagegen wie gewohnt häufiger zu Hause; ähnlich verhielten sich die Bürger aus ländlichem Milieu: sie gingen nicht häufiger als sonst stimmen. Eine zweite Bemerkung betrifft die Sprachenzugehörigkeit. Meist ergeben die Nachanalysen eine deutliche Übervertretung der deutschen Schweiz. Durchschnittlich pendelt sich dieser Wert bei rund 10 Prozent ein. Auch am 6. Dezember 1987 beteiligten sich die Bürger der welschen Kantone weniger häufig als jene der deutschschweizerischen, diesmal betrug die Differenz aber lediglich 6 Prozent.

Wer sich als Sympathisant einer Partei bezeichnet, geht deutlich häufiger stimmen, als wer sich keiner Partei verbunden fühlt. Eine im Langzeitvergleich überdurchschnittlich hohe Beteiligung wiesen im vergangenen Dezember die Sympathisanten der Sozialdemokratischen Partei auf. Die bürgerlichen Parteien konnten wie üblich auf eine sehr treue Gefolgschaft zählen, während die Grüne Partei ihre Anhänger nicht besonders gut zu mobilisieren verstanden. Allerdings sind die Werte für die Sympathisanten kleinerer Parteien aufgrund der geringen Zahl der Fälle lediglich mit Zurückhaltung zu interpretieren.

3 Vgl. dazu Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 5. April 1987, VOX-Nr. 32, Zürich 1987.

4 Vgl. dazu Gruner/Hertig: Der Stimmbürger und die «neue» Politik, Bern 1983, S. 147 sowie Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 10. März 1985, VOX-Nr. 25, Zürich 1985.

1.2. Aspekte der Mobilisierung

Lässt sich die hier beschriebene Mobilisierung auf eine bestimmte Vorlage zurückführen? Zwar kann diese Frage aufgrund der Nachbefragung nicht abschliessend beantwortet werden; die wahrgenommene Schwierigkeit, sich eindeutig eine Meinung zu bilden, sowie die subjektive Betroffenheit durch die verschiedenen Vorlagen erlauben jedoch gewisse Hinweise. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass sich gelegentliche Urnengänger vor allem dann beteiligen, wenn sie sich durch mindestens eine Vorlage besonders stark betroffen fühlen. Diese gesteigerte Partizipationsbereitschaft kann allerdings wieder vermindert werden, wenn der potentielle Urnengänger in seiner Meinungsbildung verunsichert ist und Schwierigkeiten hat, sich ein Bild über die Auswirkungen seiner Entscheidung zu machen.

Die Nachbefragung ergab, dass alle drei Vorlagen bei den Stimmbürgern sehr gut bekannt waren: Auf die Frage, worüber abgestimmt wurde, nannten 92 Prozent aller Befragten (82% der Nicht-Stimmenden) die Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung (KMVG). Dahinter folgten mit geringem Abstand das Referendum gegen Bahn 2000 (90% aller Stimmbürger, respektive 81% der Nicht-Stimmenden) sowie die Rothenthurm-Initiative mit ebenfalls 90 Prozent Nennungen (78% der Nicht-Stimmenden).

Nicht unerwartet haben die Stimmbürger der *Rothenthurm-Initiative* das grösste Interesse entgegengebracht (vgl. *Tabelle 3*). 25 Prozent gaben an, zwischen dem Abstimmungsgegenstand und ihrem Alltag einen hohen Zusammenhang gesehen zu haben. Im Langzeitvergleich ist dieser Wert als «mittel» zu qualifizieren (höchster Wert in den letzten 10 Jahren: 40% bei der Fristenlösung). Besonders stark fühlten sich SPS-Sympathisanten

Tabelle 3: Betroffenheit und Entscheidungsschwierigkeiten nach Abstimmungsgegenständen

Abstimmungsthema	Betroffenheit (Selbsteinschätzung) «hohe persönliche Betroffenheit» ¹ in % der Stimmberechtigten	Qualifizierung im Zeitvergleich ²	Entscheidungsschwierigkeiten (Selbsteinschätzung)	
			Vorlage war «eher leicht» zu beurteilen in % der Stimmberechtigten	Qualifizierung im Zeitvergleich ¹
Bahn 2000	24 %	mittel	70 %	klein
KMVG	19 %	mittel bis tief	54 %	mittel
Rothenthurm-Initiative	25 %	mittel	71 %	klein

- 10-stufige Skala sowie «keine Angabe» möglich, hohe Betroffenheit bei den Stufen 8, 9 und 10.
- Höchster Wert aus allen nachanalytierten Sachabstimmungen: 40% (Fristenlösungsinitiative); tiefster Wert 5% (Aufgabenneuverteilung Primarschule). Die 7 Prädikate von «sehr hoch» bis «sehr tief» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.
- Höchster Wert aus allen nachanalytierten Sachabstimmungen: 83% «eher leicht» (12 autofreie Sonntage); tiefster Wert: 32% «eher leicht» (Konjunkturabschluss). Die 7 Prädikate von «sehr klein» bis «sehr gross» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.

(43%), die unter 40jährigen (31%), die Stimmbürger mit höherer Bildung (32%) sowie die Bewohner grossstädtischer Regionen (31%) durch die Initiative angesprochen. Die hohen Werte der POCH-Sympathisanten (53%), der Anhänger der NA (36%) und der Grünen (34%) sind angesichts der geringen Fallzahl mit Vorsicht zu interpretieren. Umgekehrt brachten die Bewohner der Romandie (17%), die über 65jährigen sowie Bürger ohne Partei-sympathie (je 18%) der Vorlage ein deutlich geringeres Interesse entgegen. Sich für ein Ja oder ein Nein zu entscheiden, fiel den Stimmbürgern relativ leicht. 71 Prozent gaben an, sie hätten sich bei der Rothenthurm-Initiative «eher leicht» eine Meinung gebildet.

Ähnliche Werte ergaben sich bei der Vorlage betreffend *Bahn 2000*. 24 Prozent der befragten Stimmbürger erklärten, von der Vorlage stark betroffen zu sein. Besonders ausgeprägt findet sich diese Haltung bei den SPS-Sympathisanten (37%) und den Bürgern mit besserer Bildung (32%). Für Anhänger der POCH, der Grünen und der NA gilt die selbe Bemerkung wie bei der Rothenthurm-Initiative. Nur geringe Betroffenheit löste die Bahn 2000 in der Romandie (15%), bei den Landwirten (15%) und bei Bürgern mit obligatorischer Schulbildung (18%) aus. Auch bei Bahn 2000 fiel den Stimmbürgern der Stimm-entscheid nicht besonders schwer: für 70 Prozent war die Vorlage «eher leicht» zu beurteilen.

Ein deutlich verändertes Bild resultierte bei der Revision der *Krankenversicherung*. Hier gaben lediglich 19 Prozent der Befragten an, sie seien von der Vorlage stark betroffen. Im Langzeitvergleich gilt das als «mittlerer bis tiefer» Wert. Überdurchschnittlich stark fühlten sich FDP-Sympathisanten (26%) sowie die unter 30jährigen (26%) betroffen, während bei den Rentnern (13%) und Bürgern ohne Sympathie für eine politische Partei (14%) der Wert deutlich tiefer lag. Der geringen subjektiven Betroffenheit entsprachen die erhöhten Schwierigkeiten, sich eine eigene Meinung zu bilden. Lediglich 54 Prozent gaben an, die Vorlage sei «eher leicht» zu beurteilen gewesen. Besonders schwer fiel die Entscheidungsfindung den Bürgern mit lediglich obligatorischer Schulbildung (— 8%), den Sympathisanten der Grünen (— 6%) und den Frauen generell (— 4%).

Zusammenfassend kann man festhalten: Die Rothenthurm-Initiative sowie die Vorlage betreffend *Bahn 2000* waren für die Stimmbürger im allgemeinen eher leicht zu beurteilen. Da zudem rund ein Viertel der Befragten angaben, von der Vorlage stark betroffen zu sein, dürfte es vor allem diesen beiden Vorlagen zuzuschreiben sein, dass sich überdurchschnittlich viele gelegentliche Stimmbürger an die Urnen bemühten. Die geringere Betroffenheit und die deutlich höheren subjektiven Entscheidungsschwierigkeiten bei der Revision der *Krankenversicherung* dürften dagegen die gelegentlichen Stimmbürger weniger zur Teilnahme motiviert haben.

2) Bundesbeschluss betreffend das Konzept Bahn 2000

Das Konzept «Bahn 2000» wurde im «Bundesbüchli» dem Stimmbürger unter dem Stichwort des besseren Bahnangebots beliebt gemacht. Häufigere Verbindungen, gute Anschlüsse, direkte Wagen und mehr Komfort auf den Bahnhöfen und in den Zügen sollten einen kundenfreundlichen öffentlichen Verkehr gewährleisten.

Tabelle 4: Beschreibung des Inhalts von «Bahn 2000»

Beschreibung des Inhalts ¹	n = 928 ²	%
1) Verbesserung des SBB-Streckennetzes	525	57 %
2) Verbesserung des Verkehrsangebots	402	43 %
3) Umweltschutz	176	19 %
4) Modernisierung der SBB (Beispiele)	114	12 %
5) Erschliessung der Regionen	43	5 %
6) Übrige Wahrnehmungen	138	15 %
	1398	151 %

1 Mehrfachnennungen möglich

2 ohne keine Angaben (81 Befragte = 8 %)

Die Vorstellungen des Bundesrates fanden sich in den Antworten wieder. Bei der offenen Frage nach dem, was mit der Vorlage Bahn 2000 angestrebt werde, nannten die befragten Personen vor allem die *Verbesserung des Bahnwesens*. Eine Mehrheit der Befragten stellte den Ausbau der Bahnlinien in den Mittelpunkt, etwas weniger als die Hälfte sahen den Sinn dieses Ausbaus auch in einer Verbesserung des Angebots. Die Quantität ging damit vor der Qualität. Es fällt auf, dass nur ein Fünftel der Befragten ausdrücklich Umweltschutzargumente aufführten. Offenbar war die Frage, ob die Vorlage der Umwelt nützlich war oder ob sie diese wegen des Landbedarfs zusätzlich belastete, eher unklar. Sie stand jedenfalls nur für eine Minderheit im Vordergrund. Die vom Bund selbst als wichtig betrachtete Modernisierung der Bundesbahnen sowie die bessere Erschliessung der Randregionen durch den öffentlichen Verkehr spielten nur eine untergeordnete Rolle. Im Mittelpunkt stand für die grosse Zahl der Stimmbürgerinnen und Bürger ganz eindeutig der Ausbau des Angebots im öffentlichen Verkehr.

2.1. Das Stimmverhalten

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs wurde von fast allen Bevölkerungsgruppen mehrheitlich befürwortet. Am grössten war dabei das Interesse in den Agglomerationen. Das Abstimmungsverhalten unterscheidet sich denn auch vor allem nach *Regionen* (vgl. *Tabelle 5*). In ländlichen Gegenden lag die Zustimmung zur Vorlage deutlich unter dem Durchschnitt (— 9%). Von den Berufsgruppen stechen die Landwirte mit einer ablehnenden

Tabelle 5: Stimmverhalten bei «Bahn 2000» nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) ¹			Signifikanz des Merkmals ³
		Ja	Abweichung ²		
Geschlecht :	Männer	71	—	3	keine
	Frauen	76	+	2	
Alter :	20–39jährige	71	—	3	Keine
	40–64jährige	75	+	1	
	65jährige und älter	75	+	1	
Bildungsgrad :	Obligatorische Schulen	69	—	5	keine
	Berufsschule u.ä.	71	—	3	
	Gymnasium, Universität u.ä.	80	+	6	
Berufliche Stellung :	Erwerbstätige Total	76	+	2	Ja (0,01)
	– Selbständige, leit. Angest. u. Be- amte/Beamtinnen in leitender Stellung	75	+	1	
	– Angest. u. Beamte/Beamtinnen in mittlerer Stellung	82	+	8	keine
	– Angestellte in einfacher Stellung (– Landwirte) ⁴	92	+	18	
	– Arbeiter	41	—	33	
	– Arbeiter	61	—	13	
	Nicht-Erwerbstätige Total	68	—	6	
	(– Studenten / Studentinnen) ⁴	65	—	9	
	– Hausfrauen / Hausmänner	71	—	3	
	– Rentner / Rentnerinnen	75	+	1	
Eigentumsver- hältnisse :	Hauseigentum	69	—	5	Ja (0,05)
	Miete, Pacht	78	+	4	
Siedlungsart :	Grossstädtisches Milieu	80	+	6	Ja (0,01)
	Mittel- und kleinst. Milieu	81	+	7	
	Ländliches Milieu	65	—	9	
Landesteil :	Deutsche Schweiz	73	—	1	Ja (0,05)
	Französische Schweiz	72	—	2	
	Italienische Schweiz	96	+	22	
Betroffenheit durch Vorlage :	klein	63	—	11	Ja (0,01)
	mittel	75	+	1	
	gross	82	+	8	
Politische Inte- gration :	hoch	79	+	5	Ja (0,01)
	mittel	71	—	3	
	(tief) ⁴	65	—	9	
PW im Haushalt :	Ja	70	—	4	Ja (0,01)
	Nein	85	+	11	
Parteisympathie :	CVP	78	+	4	Ja (0,01)
	FDP (inkl. LPS)	74	+	0	
	SPS	80	+	6	
	(SVP) ⁴	47	—	27	
	(LdU / EVP) ⁴	89	+	15	

Fortsetzung siehe Seite 11

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) ¹		Signifikanz des Merkmals ³
		Ja	Abweichung ²	
	(POCH / PdA / PSA) ⁴	85	+ 12	
	(GPS / GBS) ⁴	69	— 5	
	(NA / Vigilants) ⁴	75	+ 1	
	keine VOX	62	— 12	
Total		74		

- 1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende).
- 2 Die Abweichungen vom durchschnittlich erhobenen Ja-Stimmenanteil.
- 3 Wie in den VOX-Analysen üblich, wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit $p \leq 5\%$) ist.
- 4 Angaben zu in Klammern gesetzten Merkmalsgruppen sind als Tendenz zu interpretieren, da die geringe Anzahl Befragter keine quantitativen Schlüsse gestattet.

Mehrheit (nur 41% Ja) heraus. Es macht sich damit bemerkbar, dass die Bahn 2000 vor allem als ein Vorhaben verstanden wurde, das den Bewohnern städtischer Zentren Vorteile bringen wird, während offensichtlich auf dem Land der Nutzen geringer, die Kulturlandverluste umso höher eingeschätzt wurden. Von den Sprachregionen fällt die italienische Schweiz mit einer weit überdurchschnittlichen Zustimmung (+ 22%) schon fast aus dem Rahmen. Offensichtlich ist dem Tessin der Verkehrsanschluss an die übrige Schweiz nach wie vor sehr wichtig.

Die *soziale Schichtung* scheint für das Abstimmungsergebnis nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen zu sein. Überdurchschnittlich häufig zugestimmt haben Personen in einfacher und etwas weniger ausgeprägt in mittlerer beruflicher Stellung, während Arbeiter häufiger ablehnten. Die Zustimmung der Nicht-Erwerbstätigen lag ebenfalls unter dem Durchschnitt. Sie fühlten sich offenbar weniger stark auf einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr angewiesen. Bezüglich des Ausbildungsgrades waren mit Ausnahme der Gruppe mit höherer Bildung (+ 6%) keine signifikanten Abweichungen zu verzeichnen. Alter und Geschlecht spielten ebenfalls kaum eine Rolle. Hauseigentümer stimmten der Bahn 2000 leicht unterdurchschnittlich zu. Auch dies weist darauf hin, dass diese Vorlage nicht von den höheren gesellschaftlichen Schichten besonders stark unterstützt wurde. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs scheint vielmehr in erster Linie ein Anliegen der berufstätigen Mittelschichten zu sein.

Was die *Parteisymphathien* betrifft, so fällt die SVP aus dem allgemeinen Bild der Zustimmung. Ganz offensichtlich sind viele der SVP nahestehende Befragte der Parole und dem ausgeprägten Widerstand der Berner Partei gefolgt. Die Anhänger der übrigen Bundesratsparteien haben etwas häufiger als der Durchschnitt zugestimmt, am stärksten die SP-Symphathisanten. Wenn LdU-, EVP- und POCH-Angehörige die Bahn 2000 in besonders hohem Masse befürwortet haben, so entspricht dies den Erwartungen. Der Wert

für die Grünen liegt dagegen einiges unter dem Durchschnitt. Die Stimmfreigabe der Umwelpartei hat demnach zu einer schwächeren Zustimmung durch ihre Mitglieder geführt, weil diese dem Kulturlandverlust und der zusätzlichen Erleichterung der Mobilität eher kritisch gegenüberstanden. Im Endeffekt scheint aber das Argument der Förderung des öffentlichen Verkehrs doch überwogen zu haben. Das bestätigt sich auch dadurch, dass Personen ohne Auto im Haushalt sowie politisch hoch Integrierte, denen der Entscheid leicht fiel, eher zustimmten.

Tabelle 6: Entscheidungsmotive bei «Bahn 2000»

Motive nach Stimmverhalten	Nennungen bei Nein- resp. Ja-Stimmenden (Mehrfachnennungen möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden
Ja-Stimmende (n = 459)		
- unspezifische Motive pro Bahn 2000	29 %	21 %
- Umweltschutzmotiv	19 %	14 %
- Verbesserung des Verkehrsangebots	22 %	17 %
- Bahn als Alternative zur Strasse	16 %	12 %
- Förderung des Regionalverkehrs	4 %	3 %
- Schaffung/Erhaltung von Arbeitsplätzen	2 %	2 %
- Parteiparolen / Empfehlungen	1 %	—
- Empfehlungen Dritter	—	—
- Übrige Motive pro Bahn 2000	7 %	5 %
- keine Angaben	—	—
	100 %	
Nein-Stimmende (n = 165)		
- unspezifische Motive kontra Bahn 2000	11 %	3 %
- zu hohe Kosten	23 %	6 %
- zu grosser Landverschleiss	24 %	6 %
- kein zusätzlicher Bedarf	16 %	4 %
- Naturschutz wichtiger	3 %	1 %
- rechtliche Motive	3 %	1 %
- einseitiger Nutzen	5 %	1 %
- Parteiparolen	—	—
- Empfehlung Dritter	—	—
- übrige Motive kontra Bahn 2000	14 %	4 %
- keine Angaben	1 %	—
	100 %	100 %

2.2. Die Entscheidungsmotive

Die von den Befragten auf unsere offene Frage hin genannten Entscheidungsmotive für die Bahn 2000 bestätigen den Eindruck, den wir bereits erhalten haben, als wir nach dem Inhalt der Vorlage fragten. Im Vordergrund standen bei den *Ja-Stimmenden* Argumente für die Bahn und die Verbesserung des Verkehrsangebots. Erst in zweiter Linie kamen Umweltschutzmotive und Argumente für die Bahn als Alternative zur Strasse zum Tragen. Die Förderung des Regionalverkehrs, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Empfehlungen und Parolen spielten eine völlig untergeordnete Rolle.

Aufschlussreicher sind die Motive der *Nein-Stimmenden*. Zwar nahm das Argument des zu grossen Landverschleisses für sich allein genommen die Spitzenposition ein. Fast ebenso wichtig waren indessen die Kosten- und Nutzenüberlegungen. Die zu hohen Kosten und die Meinung, es bestehe kein Bedarf nach zusätzlichen Verkehrsleistungen, überwogen zusammen mit den unspezifischen Argumenten die Umweltschutzvorbehalte sogar bei weitem. Parteiparolen und Empfehlungen spielten bei den Gegnern überhaupt keine Rolle.

Aus den Entscheidungsmotiven lässt sich insgesamt deutlich herauslesen, dass sich die Konfliktlinien um die Vorlage Bahn 2000 letztlich auf die Frage reduzieren lassen: Wollen wir uns einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs leisten? Dabei wurde diese Frage mindestens ebenso sehr verkehrswirtschaftlich wie umweltpolitisch verstanden.

2.3. Die Argumente

Diese These wird aufgrund der Beurteilung der von uns vorgegebenen Argumente durch die Befragten nochmals bestätigt.

Tabelle 7: Gewichtung bedeutender Argumente: Bahn 2000

		einver- standen	nicht ein- verstanden	k.A.
		(Zeilenprozente)		
Pro-Argumente				
1. Aus Gründen des Umweltschutzes ist alles zu tun, was dazu beiträgt, dass der Verkehr von der Strasse auf die Schiene verlagert wird.	I	84 %	13 %	3 %
	II	95 %	4 %	1 %
	III	65 %	33 %	2 %
2. Die «Bahn 2000» bringt kürzere Reisezeiten, bessere Anschlüsse und vermehrten Komfort für die Reisenden.	I	79 %	15 %	6 %
	II	93 %	4 %	3 %
	III	52 %	43 %	5 %
3. Mit der «Bahn 2000» werden neben den SBB auch Privatbahnen, Postautos und Busbetriebe gefördert. Damit nützt «Bahn 2000» auch den Randregionen.	I	80 %	14 %	6 %
	II	93 %	4 %	3 %
	III	57 %	36 %	7 %

		einver- standen (Zeilenprocente)	nicht ein- verstanden	k.A.
Kontra-Argumente				
4. Es lohnt sich nicht, Milliardenbeträge für den Ausbau der Bahn auszugeben, nur um wenige Minuten Fahrzeit zu gewinnen.	I	47 %	48 %	5 %
	II	33 %	63 %	4 %
	III	75 %	22 %	3 %
5. Für den Bau von neuen Bahnlinien dürfen nicht noch weitere Opfer an Land, Wald und Umwelt erbracht werden.	I	54 %	41 %	5 %
	II	43 %	54 %	3 %
	III	76 %	22 %	2 %
6. Jeder Ausbau des Verkehrsnetzes ist abzulehnen, weil damit nur noch mehr Verkehr und eine noch grössere Mobilität ausgelöst werden.	I	26 %	66 %	8 %
	II	17 %	80 %	3 %
	III	41 %	50 %	9 %

I = Alle Befragten

II = Ja-Stimmende

III = Nein-Stimmende

Am deutlichsten gutgeheissen wurde von den *Pro-Argumenten* die sehr allgemein gehaltene Umweltschutzaussage, wonach alles zu tun sei, was dazu beitrage, dass der Verkehr von der Strasse auf die Schiene verlagert werde. Mit dieser Aussage waren auch zwei Drittel der Gegner von Bahn 2000 einverstanden. Stärker polarisierend wirkten die beiden Aussagen, die den praktischen Nutzen der Bahn 2000 in den Vordergrund rückten, insbesondere die Betonung der kürzeren Reisezeiten, der besseren Anschlüsse und des vermehrten Komforts (Punkt 2). Hier stimmten immer noch 93 Prozent der Befürworter, aber nur noch 52 Prozent der Gegner zu.

Noch eindeutiger stechen die Konfliktlinien wiederum bei den *Kontra-Argumenten* hervor. Es zeigt sich erneut, dass die Kosten-Nutzen-Überlegung (Punkt 4: 75%) für die Gegner eine fast genau gleich grosse Bedeutung hatte wie das Argument, es dürften nicht noch weitere Opfer an Land, Wald und Umwelt erbracht werden (Punkt 5: 76%). Die Befürworter stimmten der Aussage zum Umweltschutz noch knapp mehrheitlich zu, bei der Kosten-Nutzen-Evaluation entschieden sie sich ebenso knapp gegen die vorgegebene Aussage. Die Vorteile eines Ausbaus des öffentlichen Verkehrs wurden somit letztlich von einer Mehrheit stärker gewichtet als die damit verbundenen Kosten und Umweltbelastungen.

Die Stellungnahme der Befragten zur letzten Aussage zeigen, dass grundsätzlich ökologische Überlegungen in der Abstimmung um Bahn 2000 keine entscheidende Rolle spielten. Der radikal gegen den Ausbau des Verkehrsnetzes gerichteten Aussage, wonach zusätzlicher Verkehr und eine stärkere Mobilität zu verhindern seien, stimmten lediglich 26 Prozent der Befragten (immerhin auch 17 Prozent der Befürworter von Bahn 2000) und nur eine Minderheit (41%) der Gegner der Vorlage zu. Die Opposition gegen die Vorlage muss sich somit mehr gegen bestimmte Ausbaustrecken als gegen eine Verbesserung des Verkehrsangebots allgemein gerichtet haben. Pragmatische Abwägungen waren folglich für den Entscheid zu Bahn 2000 wichtiger als grundlegende ideologische Positionen.

3) Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung

Das revidierte Bundesgesetz über die Kranken- und Mutterschaftsversicherung setzte sich zum Ziel, die Kosten der Krankenversicherung einzudämmen und eine Mutterschaftsversicherung aufzubauen. Gegen die Revision hatten zwei Komitees das Referendum ergriffen. In der Abstimmung wurde die Vorlage deutlich abgelehnt. Dieser Ausgang ist um so interessanter, als die Revision nicht nur von Regierung und Parlament, sondern auch von allen vier Bundesratsparteien und den «Oppositionsparteien» auf Bundesebene unterstützt wurde.

3.1. Das Stimmverhalten

Wer sind die Befürworter bzw. die Gegner des neuen Bundesgesetzes über die Kranken- und Mutterschaftsversicherung? In der *Tabelle 8* sind die Anteile der Ja-Stimmen nach verschiedenen Merkmalen aufgeführt. Im Vergleich zum Durchschnitt haben folgende Gruppen der Revision deutlich stärker zugestimmt: die Frauen; die bis 40jährigen; die Angestellten und Beamten in mittlerer und einfacher Stellung; Urnengänger mit hohem Bildungsgrad; Tessiner; Sympathisanten der SP, der POCH, PdA/PSA sowie der Grünen; Personen, die sich stark betroffen fühlten und denen der Stimmentscheid schwer fiel.

Drei Bestimmungsfaktoren prägen somit die Stellungnahme zur Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung:

- Erstens spielten soziale Ungleichheiten und *Benachteiligungen* eine Rolle. Frauen, Jüngere und Alleinstehende stimmten tendenziell der Revision stärker zu als andere Gruppen. Entsprechend war der Grad der persönlichen Betroffenheit bei den Befürwortern höher als bei den Gegnern. Umgekehrt fiel der Entscheid den ersten schwerer als den letzten.
- Zweitens schlug der *Links-Rechts-Gegensatz* durch, obwohl alle grossen Parteien die Ja-Parole herausgegeben hatten. Dennoch unterstützten einzig die Anhänger linker und grüner Parteien die Vorlage mehrheitlich. Die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien (auch der sonst familienfreundlichen CVP) standen dagegen der Revision mehrheitlich negativ gegenüber. In besonders ausgeprägtem Masse gilt dies für SVP-Wähler. Sympathisanten bürgerlicher Parteien legten damit keine hohe Parteiloyalität an den Tag.
- Drittens wurden auch bei dieser Abstimmungsfrage die *regionalen Unterschiede* deutlich: Das Stimmverhalten wich vor allem im italienischen Sprachraum von der übrigen Schweiz ab. Es gilt dabei zu bedenken, dass die Tessiner nicht speziell nur der Mutterschaftsversicherung gegenüber positiv eingestellt sind, sondern alle Sozialversicherungen besonders stark unterstützen.

Im Vergleich zur Abstimmung über die Mutterschaftsinitiative vom 2. Dezember 1984 unterscheidet sich das Stimmverhalten der Stimmbürgerinnen bei der Kranken- und Mutterschaftsversicherung ziemlich stark. Am 6. Dezember 1987 gingen diese nicht nur zahlreicher an die Urnen (60% anstatt 51%), sie standen dem Bundesgesetz auch positiver

Tabelle 8: Stimmverhalten bei der «Kranken- und Mutterschaftsversicherung» nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) ¹			Signifikanz des Merkmals ³	
		Ja	Abweichung ²			
Geschlecht :	Männer	30	—	5	Ja (0,05)	
	Frauen	41	+	6		
Alter :	20–39jährige	45	+	10	Ja (0,01)	
	40–64jährige	26	—	9		
	65jährige und älter	34	—	1		
Bildungsgrad :	Obligatorische Schulen	37	+	2	Ja (0,01)	
	Berufsschule u. ä.	27	—	8		
	Gymnasium, Universität u. ä.	46	+	11		
Berufliche Stellung :	Erwerbstätige Total	34	—	1	Ja (0,01)	
	- Selbständige, leit. Angest. u. Be- amte/Beamtinnen in leitender Stellung	27	—	8		
	- Angest. u. Beamte/Beamtinnen in mittlerer Stellung	44	+	9		
	- Angestellte in einfacher Stellung (- Landwirte)*	42	+	7		
	- Arbeiter	23	—	12		
	Nicht-Erwerbstätige Total	13	—	22		
	(- Studenten / Studentinnen)*	40	+	5		keine
	- Hausfrauen / Hausmänner	62	+	27		
	- Rentner / Rentnerinnen	40	+	5		
Besitzverhältnisse :	Hauseigentümer	34		0	keine	
	Mieter, Pächter	31	—	4		
Zivilstand :	ledig	38	+	3	keine	
	verheiratet	48	+	13		
	verwitwet, geschieden	31	—	4		
Siedlungsart :	verwitwet, geschieden	38	+	3	keine	
	Grosstädtes Milieu	43	+	8		
	Mittel- und kleinst. Milieu	35		0		
Landesteil :	Ländliches Milieu	29	—	6	Ja (0,05)	
	Deutsche Schweiz	34	—	1		
	Französische Schweiz (Italienische Schweiz)*	31	—	4		
		69	+	34		

Fortsetzung siehe Seite 17

gegenüber (41% anstatt 25% Ja). Eine plausible Erklärung dafür liefern die inhaltlichen Unterschiede zwischen den beiden Vorlagen: 1987 ging es primär um eine soziale Umverteilung, während 1984 zudem noch eine neue Rollenverteilung zwischen Mann und Frau beabsichtigt war. Die (relative) Gunst der Stimmbürger und -bürgerinnen für das Bundesgesetz lässt sich somit durch dessen pragmatischen Charakter und vor allem dessen beschränkte Tragweite erklären.

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in %		Signifikanz des Merkmals ³
		(N = materiell Stimmende) ¹	Abweichung ²	
Persönliche Betroffenheit :	gross	40	+ 5	Ja (0,05)
	mittel	38	+ 3	
	klein	26	— 9	
Politische Integration :	hoch	40	+ 5	keine
	mittel	33	— 2	
	(tief) ⁴	27	— 8	
Erwerbsgrad :	voll	30	— 5	keine
	teilweise	42	+ 7	
	nicht	38	+ 3	
Parteisympathie :	FDP (inkl. LPS)	30	— 5	Ja (0,01)
	(SVP) ⁴	13	— 22	
	CVP	33	— 2	
	SPS	56	+ 21	
	(LdU / EVP) ⁴	35	0	
	(POCH / PdA / PSA) ⁴	79	+ 44	
	(GPS / GBS) ⁴	76	+ 41	
keine	27	— 8		
Wahrnehmung Bedeutung der Vorlage :	eher leicht	34	— 1	Ja (0,01)
	eher schwierig	37	+ 2	
Total	VOX	35		

- 1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende).
- 2 Die Abweichungen vom durchschnittlich erhobenen Ja-Stimmenanteil.
- 3 Wie in den VOX-Analysen üblich, wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit $p \leq 5\%$) ist.
- 4 Angaben zu in Klammern gesetzten Merkmalsgruppen sind als Tendenz zu interpretieren, da die geringe Anzahl Befragter keine quantitativen Schlüsse gestattet.

3.2. Die Entscheidungsmotive

Befürworter und Gegner der Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung haben ihre Entscheidung unterschiedlich begründet. Die Motive sind in *Tabelle 9* zusammengestellt.

Die Motive der *Ja-Stimmenden* lassen sich in drei Hauptkategorien einteilen. Im Vordergrund standen die Schutzmotive (47%); dabei ging es hauptsächlich um den Schutz der Mutter (25%) und den der Frau (18%). Die sozialen Motive wie Gerechtigkeit und Solidarität folgen mit einigem Abstand an zweiter Stelle (15%). Eine eher geringere Rolle spielten pragmatische Überlegungen, wobei das finanzielle Ziel der Gesetzesrevision, nämlich die Kosteneindämmung im Gesundheitswesen (8%), eine grössere Bedeutung hatte als die Tragbarkeit der neuen Lösung (3%).

Bei den *Nein-Stimmenden* sind die gleichen drei Kategorien von Motiven zu finden, jedoch in umgekehrter Reihenfolge. Am häufigsten wurden von den Gegnern pragmatische Motive (44%) genannt. Dabei kritisierten sie nicht nur die Modalitäten der vorgeschlagenen Lösung selbst (18%), sondern auch deren finanziellen Konsequenzen für das Gesundheitswesen (12%) und die Lohnempfänger (12%). An zweiter Stelle wurde die Ungerechtigkeit der Revision genannt (24%). Die Freiheitsmotive folgten am Schluss mit nur 9 Prozent, wobei es vor allem um die Freiheit des privaten Bereichs (7%) und nur selten um die der Ärzte (2%) ging.

Tabelle 9: Entscheidungsmotive bei der «Kranken- und Mutterschaftsversicherung»

Motive nach Stimmverhalten	Nennungen bei Nein- resp. Ja-Stimmenden (Mehrfachnennungen möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden
Ja-Stimmende (n = 216)		
1. Schutzmotive: Schutz der Mutter	25 %	9 %
Schutz der Frau	18 %	7 %
Schutz des Kindes / der Familie	3 %	1 %
Schutz gegen die unbesch. Freiheit der Ärzte	1 %	—
2. Soziale Motive (Gerechtigkeit/Solidarität)	15 %	6 %
3. Pragmatische Motive: Kostendämmung	8 %	3 %
Tragbarkeit der Lösung	3 %	1 %
4. Historischer Kontext (Schliessung einer Lücke)	1 %	—
5. Allgemeine, unspezifische Motive	12 %	4 %
6. Übrige Motive	13 %	4 %
7. Keine Angaben	1 %	—
	100 %	
Nein-Stimmende (n = 403)		
1. Freiheitsmotive: Freiheit allgemein	7 %	5 %
Freiheit der Ärzte	2 %	1 %
2. Soziale Motive (Ungerechtigkeit)	24 %	16 %
3. Pragmatische Motive: Untragbarkeit der Revision allgemein	18 %	11 %
Kostenexplosion	12 %	8 %
Konsequenzen für die Lohnempfänger	12 %	8 %
Konsequenzen für die priv. Wirtschaft	2 %	1 %
4. Status quo-Motive: Zufriedenheit mit dem best. System	4 %	3 %
5. Allgemeine, unspezifische Motive	5 %	3 %
6. Übrige Motive	12 %	8 %
7. Keine Angaben	2 %	1 %
	100 %	100 %

Vergleicht man die Entscheidungsmotive der Ja- und Nein-Stimmenden, so stehen sich zwei gegensätzliche Haltungen gegenüber. Die Befürworter prägte die Idee des Schutzes von Frau und Mutter. Für die Gegner waren pragmatische Finanz- und Vollzugsaspekte wichtig. Einmal mehr standen sich damit progressive «Visionäre» und beharrende «Pragmatiker» gegenüber. Diese Konfliktlinie hat die Schweizer Wählerschaft schon in anderen sozialpolitischen Abstimmungen getrennt, so z.B. bei der «Mutterschaftsversicherung» im Dezember 84, beim «Recht auf Leben» im Juni 85, und beim neuen «Ehe- und Erbrecht» im September 85.

3.3. Die Argumente

In unserer Untersuchung konnten die Befragten nicht nur spontane, persönliche Motive für ihr Stimmverhalten nennen. Sie wurden auch mit sechs «offiziellen» Argumenten konfrontiert (vgl. *Tabelle 10*). Diese sind in ihrem Inhalt den spontan genannten Motiven sehr ähnlich. Sie entsprechen den im Abstimmungskampf verwendeten Themen der (Un)Gerechtigkeit, der (Un)Freiheit und der Kostendämmung. Die Meinungen der Gegner und Befürworter gingen bei drei Aussagen besonders stark auseinander: nämlich bei der Einführung der Mutterschaftsversicherung als Schliessung einer Lücke des sozialen Netzes (Argument 1), bei der «staatlichen Subventionierung» der Geburt (Argument 5) und bei der Bezahlung eines Taggeldes an Frauen, die «in besten familiären Verhältnissen» leben (Argument 6). Eine grosse Mehrheit der Gegner und Befürworter der Vorlage war sich aber darin einig, dass die Geburt keine existenziellen Probleme für die Mutter verursachen sollte (Argument 2).

Für die Nein-Stimmenden hat der Ausbau eines «integralen» sozialen Netzes keine absolute Priorität, obwohl sie generell forderten, dass es bei einer Geburt keine existenziellen Sorgen geben dürfe. Nach Meinung der Ja-Stimmenden war es höchste Zeit, eine alte Lücke des schweizerischen sozialen Sicherungsnetzes zu schliessen. Die Probleme der «Verstaatlichung des privaten Bereiches» oder der «Subvention der Reichen» spielten für sie eine im Vergleich weniger gewichtige Rolle.

Keine eindeutigen Mehrheiten ergaben sich bei den beiden Fragen nach der Eindämmung der Kostenexplosion und bei der Einschränkung der freien Tätigkeit der Ärzte durch die Krankenkassen. Dagegen haben jene Argumente, welche die Mutterschaftsversicherung betreffen (Argumente 1, 5 und 6) deutlich stärker polarisierend gewirkt. Bemerkenswert sind bei den Beurteilungen der entsprechenden Aussagen die hohen Anteile der Befragten, die keine Antwort gaben. Aus diesen Antworten können wir zweierlei schliessen: Erstens waren es nicht diese finanziellen und eher technischen Probleme der Revision der Krankenversicherung, die für den Abstimmungsausgang den Ausschlag gaben. Entscheidend war die Haltung der Stimmenden zur Mutterschaftsversicherung. Und zweitens kann man festhalten, dass über die Kostendämmung, sei es mit erhöhten Selbstbehalten, sei es dank stärkerer Kontrolle der Ärzte durch die Krankenkassen, kein Konsens besteht. Auch Lösungsvorschläge, die nicht mit einer Mutterschaftsversicherung zusätzlich belastet sind, dürften es bei der Stimmbürgerschaft schwer haben.

Tabelle 10: Gewichtung bedeutender Argumente: Kranken- und Mutterschaftsversicherung

		einver- standen (Zeilenprozente)	nicht ein- verstanden	k.A.
Pro-Argumente				
1. Die Bundesverfassung schreibt seit mehr als 40 Jahren eine Mutterschaftsversicherung vor. Es ist höchste Zeit, dass diese Lücke im sozialen Netz geschlossen wird.	I	57 %	34 %	9 %
	II	93 %	4 %	3 %
	III	44 %	51 %	5 %
2. Jede Frau soll der Geburt eines Kindes ohne existenzielle Probleme entgegensehen können.	I	75 %	17 %	8 %
	II	89 %	7 %	4 %
	III	71 %	23 %	6 %
3. Mit einem erhöhten Selbstbehalt der Versicherten kann die Kostenexplosion im Gesundheitswesen eingedämmt werden.	I	43 %	45 %	12 %
	II	58 %	30 %	12 %
	III	43 %	52 %	5 %
Kontra-Argumente				
4. Die Krankenkassen dürfen sich nicht in die freie Tätigkeit der Ärzte und der Medizin einmischen.	I	45 %	44 %	11 %
	II	42 %	49 %	9 %
	III	50 %	43 %	7 %
5. Die Geburt eines Kindes soll nicht subventioniert werden.	I	56 %	35 %	9 %
	II	34 %	58 %	8 %
	III	70 %	26 %	4 %
6. Es ist unsozial, wenn auch an Frauen, die in besten finanziellen Verhältnissen leben, Mutterschaftstaggelder ausbezahlt werden.	I	68 %	24 %	8 %
	II	48 %	46 %	6 %
	III	78 %	17 %	5 %
I = Alle Befragten II = Ja-Stimmende III = Nein-Stimmende				

4) Die Volksinitiative «zum Schutz der Moore – Rothenthurm-Initiative»

Die Volksabstimmung über die Initiative «zum Schutz der Moore», die sogenannte «Rothenthurm-Initiative», endete mit einem überraschenden Abstimmungserfolg für die Initianten. In der fast 100jährigen Geschichte des schweizerischen Initiativrechts ist diese Initiative erst die neunte Abstimmung, die angenommen wurde. Überrascht hat besonders die deutliche Zustimmung. Seit 1945 ist keine Initiative mit einer solch klaren Mehrheit angenommen worden.

Die Rothenthurm-Initiative hat zum Ziel, so schrieben die Initianten in ihrer Begründung, Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung zu erhalten sowie einen Teil des Waffenplatzes in Rothenthurm zu verhindern. Bauten und Bodenveränderungen irgendwelcher Art sollten deshalb in Moorlandschaften verboten werden. In einer Übergangsbestimmung wurde die Moorlandschaft um Rothenthurm, die nach Ansicht der Initianten durch das Waffenplatzprojekt bedroht war, unter besonderen Schutz gestellt. Die Gegner der Initiative argumentierten ihrerseits, die Entwicklung des Hochmoores werde durch die militärische Nutzung kaum beeinträchtigt. Zudem könnten die Ziele der Initiative mit der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes umfassender erfüllt werden als mit der Initiative. Den Befürwortern ginge es gar nicht so sehr um den Schutz der Naturlandschaft; die Initiative ziele vielmehr gegen die Armee.

Tabelle 11: Kenntnis des Inhalts der «Rothenthurm-Initiative»

Beschreibung des Inhalts ¹	n = 909 ²	%
1) Verhinderung des Waffenplatzes	512	56 %
2) Genereller Schutz der Natur	372	41 %
3) Schutz des Hochmoores in Rothenthurm	333	37 %
4) Geht um Schweizer Armee	36	4 %
5) Übrige Wahrnehmungen	79	9 %
	1332	147 %

1 Mehrfachnennungen möglich

2 ohne keine Angaben (100 Befragte = 9,9 %)

Wenn nun kurz nach der Abstimmung der Inhalt der Vorlagen abgefragt wurde, so stellt man fest, dass den Bürgern bei der Rothenthurm-Initiative vor allem drei Überlegungen spontan eingefallen sind (Mehrfachnennungen waren möglich): Über die Hälfte der Befragten konnte sich noch erinnern, dass es bei dieser Vorlage um die Verhinderung des Waffenplatzes ging. 41 Prozent fiel der generelle Schutz der Natur ein. Dass es dabei um den Schutz des Hochmoores in Rothenthurm ging, wussten 37 Prozent. Alle übrigen Argumente und inhaltlichen Wahrnehmungen spielten dagegen eine völlig untergeordnete Rolle; die Befragten konnten sich daran spontan kaum erinnern. So meinten gerade 36 Personen oder 4 Prozent, bei der Initiative sei es um die Schweizer Armee generell gegangen. Die übrigen Wahrnehmungen sind mit 9 Prozent Nennungen ebenfalls zu vernachlässigen.

4.1. Das Stimmverhalten

In *Tabelle 12* haben wir das Stimmverhalten der Befragten nach verschiedenen Merkmalen aufgliedert. Es zeigt sich, dass mit Ausnahme der SVP-Sympathisanten alle erfassten Gruppen der Rothenthurm-Initiative zugestimmt haben. Die Aufgliederung nach *Partei-*

sympathien ergibt denn auch recht deutliche Unterschiede. Sympathisanten jener Parteien, die man im politischen Spektrum rechts von der Mitte einordnet, standen der Initiative kritischer gegenüber. Wie bei den SVP-Angehörigen hielten sich auch bei der FDP Gegner und Befürworter etwa die Waage. Deutlich geringer als im Durchschnitt fiel die Zustimmung bei Sympathisanten der CVP sowie etwas weniger ausgeprägt der NA aus. Sympathisanten der Parteien der politischen Linken stimmten dagegen der Initiative überdurchschnittlich stark zu (POCH +31, SPS +21). Mit «+20» lag dieser Wert auch bei den Grünen erwartungsgemäss sehr hoch, ähnliches gilt auch für den LdU und die EVP.

Tabelle 12: Stimmverhalten bei der Rothenthurm-Initiative nach Merkmalsgruppen

Merkmale	Gruppe	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) ¹		Signifikanz des Merkmals ³	
		Ja	Abweichung ²		
Geschlecht :	Männer	63	— 6	Ja (0,01)	
	Frauen	77	+ 8		
Alter:	20-29jährige	84	+ 15	Ja (0,01)	
	30-39jährige	76	+ 7		
	40-49jährige	67	— 2		
	50-64jährige	61	— 8		
	65jährige und älter	60	— 9		
Ausbildung:	Obligatorische Schulen	75	+ 6	keine	
	Berufsschule u.ä.	68	— 1		
	Gymnasium, Universität u.ä.	68	— 1		
Berufliche Stellung:	Erwerbstätige Total	70	+ 1	keine	
	- Selbständige, leit. Angest. und Be- amte/Beamtinnen in leit. Stellung	65	— 4		
	- Angest. u. Beamte/Beamtinnen in mittlerer Stellung	73	+ 4		
	- Angestellte in einfacher Stellung	71	+ 2		
	(- Landwirte) ⁴	67	— 2		
	- Arbeiter	70	+ 1		
	Nicht-Erwerbstätige Total	68	— 1		Ja (0,05)
	(- Studenten/Studentinnen) ⁴	85	+ 16		
	- Hausfrauen/Hausmänner	73	+ 4		
	- Rentner/Rentnerinnen	57	— 12		
Siedlungsart:	Grossstädtisches Milieu	74	+ 5	keine	
	Mittel- und kleinst. Milieu	66	— 3		
	Ländliches Milieu	68	— 1		
Landesteil:	Deutsche Schweiz	71	+ 2	keine	
	Französische Schweiz	59	— 10		
	(Italienische Schweiz) ⁴	85	+ 16		
Betroffenheit durch Vorlage:	klein	55	— 14	Ja (0,01)	
	mittel	72	+ 3		
	gross	81	+ 12		
Informationsbe- schaffung über Vorlage:	leicht	72	+ 3	Ja (0,01)	
	schwer	61	— 8		
Regierungsver- trauen:	stark	59	— 10	Ja (0,01)	
	schwach	82	+ 13		

Fortsetzung siehe Seite 23

Merkmale	Gruppe	Stimmverhalten in %			Signifikanz des Merkmals ³
		(N = materiell Stimmende) ¹	Abweichung ²		
		Ja			
Politische Inte- gration:	hoch	62	—	7	Ja (0,05)
	mittel	72	+	3	
	(tief) ⁴	86	+	17	
Parteisympathie:	CVP	58	—	11	Ja (0,01)
	FDP (inkl. LPS)	51	—	18	
	SPS	90	+	21	
	(SVP) ⁴	48	—	21	
	(LdU/EVP) ⁴	85	+	16	
	(POCH/PdA/PSA) ⁴	100	+	31	
	(GPS/GBS) ⁴	89	+	20	
	(NA/Vigilants) ⁴	63	—	6	
keine	72	+	3		
Total	VOX	69			

- 1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer abgab, leer votiert zu haben bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende).
- 2 Abweichungen vom durchschnittlich erhobenen Ja-Stimmenanteil.
- 3 Wie in den VOX-Analysen üblich, wurde die Signifikanz der Merkmale mit einem Chi-Quadrat-Test überprüft. Dieser bezieht sich auf die Sicherheit bzw. Irrtumswahrscheinlichkeit mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang verallgemeinert werden darf. Signifikant wird eine Beziehung dann genannt, wenn die Sicherheit über 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit $p \leq 5\%$) ist.
- 4 Angaben zu in Klammern gesetzten Merkmalsgruppen sind als Tendenz zu interpretieren, da die geringere Anzahl Befragter keine quantitativen Schlüsse gestattet.

Wie bei der Vorlage Bahn 2000 unterscheidet sich auch bei der Rothenturm-Initiative das Abstimmungsverhalten stark nach *Regionen*. So fand die Initiative in der französischen Schweiz deutlich weniger Zustimmung als in den deutschschweizer Kantonen. Auch hier fiel der Kanton Tessin mit einer überdurchschnittlich hohen Annahme etwas aus dem Rahmen. Allerdings ist dieses Ergebnis aufgrund der geringen Fallzahl mit Vorsicht zu interpretieren. Betrachtet man das Merkmal «Siedlungsart», so ergibt sich, dass die Initiative im mittel- und kleinstädtischen Milieu sowie in ländlichen Gegenden weniger stark befürwortet wurde als in den grosstädtischen Zentren. Wie wir in Abschnitt 1 gesehen haben, bemühten sich die Bewohner dieser urbanen Zentren häufiger als üblich an die Urnen. Ihr Stimmverhalten dürfte somit einiges zu dieser deutlichen Annahme beigetragen haben.

Bemerkenswerte Unterschiede zeigten sich auch bezüglich verschiedener sozio-demographischer Merkmale. Dies galt ganz besonders für die Kategorie «Alter»: Die 20 bis 29jährigen stimmten der Initiative überdurchschnittlich stark zu (+15). Ähnlich, wenn auch nicht so ausgeprägt, votierten die 30 bis 39jährigen. Je älter jedoch die befragten Personen sind, desto häufiger gaben sie an, ein Nein eingelegt zu haben. Von den über 65jährigen stimmten nur noch gerade 60 Prozent der Initiative zu. Eine wichtige Rolle scheint beim Stimmenscheid auch das Geschlecht gespielt zu haben: Während die Frauen das Volksbegehren überdurchschnittlich stark unterstützten (+8), standen die Männer der Initiative kritischer gegenüber (−6). Von eher geringerer Bedeutung waren offensichtlich

die Merkmale «Berufliche Stellung» und «Bildung». Bemerkenswert ist einzig, dass jene Befragten, die lediglich die obligatorischen Schulen besuchten, die Initiative überdurchschnittlich häufig annahmen.

Einen Einfluss auf den Stimmenscheid hatte zudem die *persönliche Betroffenheit*. Wer angab, der Ausgang dieser Abstimmung habe für ihn eine grosse Bedeutung, legte deutlich häufiger ein Ja in die Urnen (+12). Wer die Auswirkungen dagegen als klein einstufte, votierte häufiger Nein (—14). Ganz ähnlich entschieden auch jene Personen, die sich mit der Informationsbeschaffung und der Entscheidungsfindung schwer taten (—8).

Im Laufe der Befragung mussten die interviewten Personen angeben, wie stark sie der Bundesregierung in Bern vertrauen. Aufgrund der Antworten wurden die Befragten in zwei Gruppen eingeteilt: jene, die sich durch ein starkes Vertrauen in die Bundesregierung auszeichnen und solche, die nur wenig Vertrauen haben. Aufgrund mehrerer derartiger Fragen wird noch ein weiterer Typus gebildet: man unterscheidet die Befragten nach ihrer Integration ins politische System der Schweiz. Analysiert man nun das Stimmverhalten bei der Rothenthurm-Initiative, so bemerkt man, dass jene Befragten, die lediglich ein schwaches Regierungsvertrauen haben und zudem nur schwach ins politische System integriert sind, der Initiative überdurchschnittlich häufig zugestimmt haben. Umgekehrt entschieden sich die Personen mit einem starken Regierungsvertrauen und einer hohen politischen Integration bedeutend häufiger für ein Nein. Sie vertrauten deutlich stärker der Argumentation des Bundesrates, des Parlamentes und der bürgerlichen Parteien. Die geringere Identifikation mit dem politischen System der Schweiz hat offensichtlich einige Bürger veranlasst, ein Ja in die Urnen zu legen.

4.2. Die Entscheidungsmotive

Wie begründeten nun die Stimmbürger ihren Entscheid? Die Nachbefragung der Entscheidungsmotive soll aufzeigen, welche Argumente tatsächlich eine entscheidende Rolle spielten. Die entsprechende Interview-Frage wurde offen, d.h. ohne Argumentationshilfe gestellt. 69 Prozent (n = 434) der befragten Urnengänger gaben an, mit Ja gestimmt zu haben. Im Durchschnitt nannten sie 1,5 Entscheidungsmotive.

Wie *Tabelle 13* zeigt, lassen sich hauptsächlich zwei Motivgruppen der Befürworter unterscheiden:

- Rund ein Drittel erklärte, mit dem Ja für einen generellen Schutz der Natur votiert zu haben. Dieser allgemein gehaltenen Forderung kam eine grosse Bedeutung zu. Insgesamt umfasst diese grösste Motivgruppe ziemlich genau ein Viertel aller befragten Urnengänger. Zusätzlich unterstrichen wird der *Naturschutzgedanke* durch ein weiteres Motiv, das am zweithäufigsten genannt wurde. Knapp ein Fünftel der Befürworter legte ein Ja in die Urnen, um damit spezifisch die Hochmoorlandschaft in der Gegend von Rothenthurm zu schützen. Weitere 10 Prozent gaben an, ihnen sei der Schutz der Natur wichtiger als die Bedürfnisse der Armee.

Tabelle 13: Entscheidungsmotive bei der «Rothenthurm-Initiative»

Motive nach Stimmverhalten	Nennungen bei Nein- resp. Ja-Stimmenden (Mehrfach möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden
Ja-Stimmende (n = 434)		
- unspezifische Motive «pro»	1 ‰	—
- Schutz der Natur/Hochmoorlandschaft in R.	21 ‰	15 ‰
- Genereller Schutz der Natur	32 ‰	23 ‰
- Naturschutz wichtiger als Militär	10 ‰	8 ‰
- «Ja» keine Ablehnung der Armee	4 ‰	3 ‰
- Votum gegen Armee	5 ‰	3 ‰
- Gegen Waffenplatz in Rothenthurm	21 ‰	15 ‰
- falsches Verständnis	1 ‰	1 ‰
- Parteiparolen	—	—
- Empfehlungen Dritter	—	—
- Übrige Motive «pro»	4 ‰	3 ‰
- keine Angaben	1 ‰	—
	100 ‰	
Nein-Stimmende (n = 192)		
- unspezifische Motive «kontra»	4 ‰	1 ‰
- Initiative überflüssig/Revision NHG besser	7 ‰	2 ‰
- Besond. Schutz der Moorlandschaft nicht nötig	15 ‰	4 ‰
- Bauern schaden mehr als Armee	6 ‰	2 ‰
- Armee schützt Moorlandschaft besser	12 ‰	3 ‰
- Armee braucht Waffenplatz Rothenthurm	16 ‰	5 ‰
- Initiative nur Vorwand für Armeegegner	13 ‰	4 ‰
- Initiativtext unklar	3 ‰	1 ‰
- falsche Argumentation	11 ‰	3 ‰
- Parteiparolen / Empfehlung Bundesrat	2 ‰	1 ‰
- Empfehlung Dritter	—	—
- Übrige Motive	8 ‰	2 ‰
- keine Angaben	3 ‰	1 ‰
	100 ‰	100 ‰

- Eine zweite, zahlenmässig ebenfalls bedeutende Gruppe verstand ihr Ja explizit als Votum *gegen den geplanten Waffenplatz* in Rothenthurm. Rund ein Fünftel der Befürworter (15% aller befragten Urnengänger) nannte dieses Entscheidungsmotiv.

Allein mit diesen beiden Motivgruppen lassen sich 84 Prozent der Befürworter (entspricht 61% aller befragter Urnengänger) erfassen. Weitere Pro-Argumente spielten lediglich eine

untergeordnete Rolle. Das gilt auch für jene Gruppe, die ihren Entscheid als überzeugtes Votum gegen die Armee verstanden. Nur gerade 5 Prozent der Befürworter (3% aller Stim-menden) betonten dieses Argument. Ihnen stehen weitere 4 Prozent gegenüber, die ihr Ja eindeutig nicht als Aussage gegen die Armee sahen. Unspezifische Pro-Motive, Partei-parolen und auch Empfehlungen Dritter wurden als Entscheidungsgrundlage nur von sehr wenigen Befragten angeführt.

Bedeutend vorsichtiger sind die Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden zu interpretieren. Zum einen gaben sie mit 1,32 Antworten etwas weniger Motive an als für die Befürworter. Stärker ins Gewicht fällt jedoch, dass die Gegner der Initiative in unserem Sample lediglich rund einen Drittel ausmachten ($n = 192$; entspricht 31%). Wiederum lassen sich vor allem zwei Motivgruppen erkennen:

- Die eine Gruppe der Gegner argumentierte zugunsten der *Armee*. Rund ein Sechstel gab an, Nein gestimmt zu haben, weil die Armee den Waffenplatz in Rothenthurm wirklich benötige. Weitere 13% waren der Ansicht, die Initiative habe den Waffenplatzgegnern lediglich als Vorwand gedient.
- Eine zweite Gruppe begründete ihren Entscheid mit *Naturschutzargumenten*. So waren 15 Prozent der Ansicht, ein besonderer Schutz der Moorlandschaft sei gar nicht nötig. Weitere 12 Prozent gaben an, die Armee könne die Moorlandschaft in Rothenthurm besser als die Bauern schützen; 6 Prozent meinten, die Bauern würden mehr schaden als die Armee. Nur wenig aufgenommen wurde das von den Gegnern im Vorfeld stark verbreitete Argument, die Initiative sei überflüssig, da das Parlament mit der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes im Sinne des Naturschutzes eine bessere Lösung gefunden habe. Lediglich 7 Prozent der Nein-Stimmenden vertraten diese Meinung.

Die weiteren genannten Entscheidungsmotive hatten nur geringe Bedeutung. Bemerkenswert ist einzig die Gruppe jener, die ihren Nein-Entscheid völlig falsch begründeten. Hier handelt es sich um Nein-Stimmende, die als Begründung angaben, sie hätten damit gegen die Armee gestimmt oder sie hätten sich gegen den geplanten Waffenplatz ausgesprochen. Während eine solche falsche Argumentation bei den Befürwortern kaum auszumachen war (lediglich 1%), umfasste diese Gruppe bei den Gegnern immerhin 11 Prozent. Bezogen auf alle Stimmenden fielen diese Befragten allerdings kaum ins Gewicht. Von einer Verfälschung des Abstimmungsresultates durch Falsch-Stimmende kann jedenfalls nicht gesprochen werden.

Die Interpretation der Entscheidungsmotive zeigt, dass Naturschutzargumente mit Abstand die wichtigsten Entscheidungsgrundlagen lieferten. Die Natur und speziell die Hochmoorlandschaft in Rothenthurm zu schützen, stand eindeutig im Vordergrund. Die These, die Initiative habe den Armeegegnern lediglich als Vorwand gedient, sie sei ausschliesslich gegen die Armee gerichtet, lässt sich aufgrund dieser Analyse nicht stützen.

4.3. Die Argumente

In einem zweiten Analyseschritt sind wir nicht mehr von den spontan genannten Begründungen der Teilnehmenden ausgegangen, sondern haben die Bereitschaft getestet, mit der die im Abstimmungskampf hauptsächlich genannten Argumente unterstützt wurden.

Die Antworten auf die drei *Pro-Argumente* zeigen, dass sich Befürworter und Gegner in ihrer Zustimmung deutlich unterscheiden: Die Ja-Stimmenden befürworten alle drei Argumente sehr deutlich; umgekehrt wurden diese von den Nein-Stimmenden ebenso klar abgelehnt. Da jedoch die Befürworter eine starke Mehrheit ausmachten, wurden sämtliche drei Argumente im Durchschnitt aller Befragten angenommen.

Am deutlichsten war dies beim ersten Argument der Fall: Rund zwei Drittel aller Befragten waren der Ansicht, die Initiative sei deshalb notwendig, weil die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes die militärischen Projekte im Moor von Rothenthurm ausklammere. Die Befürworter vertraten diesen Standpunkt ganz entschieden (89%), während bei den Gegnern der Initiative lediglich ein Fünftel diese Meinung teilte.

Tabelle 14: Gewichtung bedeutender Argumente «Rothenthurm-Initiative»

		einver- standen	nicht einver- standen	k.A.
		(Zeilenprozent)		
Pro-Argumente				
1. Die Revision des Natur- und Heimatschutzes klammert die militärischen Projekte im Moor von Rothenthurm aus. Die Initiative ist deshalb notwendig.	I	67 %	26 %	7 %
	II	89 %	5 %	6 %
	III	21 %	73 %	6 %
2. Mit der Initiative werden neu ganze Landschaften als Einheit unter Schutz gestellt.	I	66 %	24 %	10 %
	II	80 %	12 %	8 %
	III	41 %	49 %	10 %
3. Neue Waffenplätze sind nicht notwendig. Mit der Initiative wird der Waffenplatz Rothenthurm verhindert.	I	58 %	34 %	8 %
	II	72 %	22 %	6 %
	III	28 %	63 %	9 %
Kontra-Argumente				
4. Mit der von Bundesrat und Parlament bereits beschlossenen Revision des NH-Gesetzes werden Moorlandschaften besser geschützt. Die Initiative ist überflüssig.	I	36 %	56 %	8 %
	II	17 %	77 %	6 %
	III	80 %	14 %	6 %
5. Bei der Initiative geht es in erster Linie gar nicht um Anliegen des Naturschutzes, sondern um die Verhinderung des Waffenplatzes R. Die Naturschützer haben sich vor den Karren der Armeegegner spannen lassen.	I	38 %	53 %	9 %
	II	21 %	70 %	9 %
	III	75 %	19 %	6 %
6. Das militärische Übungsgelände im Hochmoor dient dem Naturschutz, indem es den Einfluss einer überintensiven Landwirtschaft beschränkt. Armee und Naturschutz schliessen sich nicht aus, sondern ergänzen sich gegenseitig.	I	36 %	53 %	11 %
	II	19 %	72 %	9 %
	III	75 %	16 %	9 %
I = Alle Befragten		II = Ja-Stimmende		III = Nein-Stimmende

Im Abstimmungskampf hatten die Initianten betont, mit ihrem Volksbegehren würden sie eine neue Dimension in die Diskussion hineinbringen: neu sollten nämlich nicht mehr nur einzelne wertvolle Parzellen unter Schutz gestellt werden, sondern eine ganze Landschaft als Einheit. Diesem Argument schlossen sich ebenfalls rund zwei Drittel aller Stimmenden an, bei den Initiativbefürwortern gar 80 Prozent. Überraschend hoch fiel die Zustimmung auch bei den Nein-Stimmenden aus: immerhin 41 Prozent teilten diese Ansicht, während sich lediglich knapp die Hälfte dagegen aussprach. Offensichtlich besass das Argument, ganze Landschaften integral unter Schutz zu stellen, eine erhebliche Zugkraft.

Wieder deutlicher schieden sich die Meinungen beim dritten Argument. 72 Prozent der Befürworter betonten, der neue Waffenplatz sei nicht notwendig, mit der Initiative könne er verhindert werden. 63 Prozent der Initiativ-Gegner waren damit nicht einverstanden. Insgesamt enthielt dieses Motiv von allen drei Pro-Argumenten die deutlich geringste Zustimmung (58%).

Grundsätzlich gelten für die *Kontra-Argumente* die selben Bemerkungen wie bei den Pro-Motiven, jedoch mit umgekehrten Vorzeichen: Alle drei Argumente wurden von einer Mehrheit der Stimmenden abgelehnt (jeweils rund zwei Drittel). Während die Gegner der Volksinitiative allen Argumenten mit einer Dreiviertelmehrheit zustimmten, lehnten zwischen 70 und 77 Prozent der Initiativ-Befürworter das Argument ab. Bemerkenswert ist, dass 70 Prozent der Befürworter verneinten, sie hätten sich vor den Karren der Armeegegner spannen lassen. Allerdings stimmte umgekehrt rund ein Fünftel diesem Vorwurf zu. Keinen grossen Anklang fand bei den Befürwortern die gerade von Armeekreisen stark betonte Argumentation, Armee und Naturschutz würden sich gegenseitig nicht ausschliessen.

Zusammenfassend zeigen diese Aussagen, dass Befürworter wie Gegner sich in ihrer Argumentation stark unterscheiden. Entweder unterstützte man sehr klar und aus spezifischen Motiven die Initiative, oder man sprach sich aus den genau umgekehrten Gründen entschieden gegen das Volksbegehren aus.

Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Am 6. Dezember 1987 haben die Schweizer Stimmbürger und Stimmbürgerinnen die Volksinitiative «zum Schutz der Moore», die sogenannte «Rothenthurm-Initiative» mit 57,8 Prozent Ja und den Bundesbeschluss betreffend das Konzept «Bahn 2000» mit 57,0 Prozent Ja angenommen. Die Revision des «Bundesgesetzes über die Krankenversicherung» wurde dagegen mit 71,3 Prozent Nein verworfen.

Die *Stimmbeteiligung* – sie lag bei 47,7 Prozent – ist im Langzeitvergleich als hoch zu werten. Dass sich überdurchschnittlich viele gelegentliche Stimmbürger an die Urnen bemühten, dürfte vor allem der Rothenthurm-Initiative und der Bahn 2000 zuzuschreiben sein. Diese beiden Vorlagen waren für die Stimmbürger eher leicht zu beurteilen; zudem fühlte sich ein Viertel der Befragten davon stark betroffen. Untersucht man das Partizipationsverhalten verschiedener Merkmalsgruppen, ergibt sich im wesentlichen ein Bild, das die bekannten Beteiligungsstrukturen mehr oder weniger bestätigt. Im wesentlichen gingen vor allem jene Bürgerinnen und Bürger stimmen, die sich aufgrund ihrer höheren Bildung, der guten beruflichen Stellung, des höheren Alters und des stärkeren politischen Interesses ausgeprägter als die übrigen Bürger am öffentlichen Leben beteiligen. Bemerkenswert ist jedoch die gegenüber dem Langzeitvergleich höhere Partizipation der Angestellten, der Landwirte, der unter 30jährigen, der Städter und der Sympathisanten der Sozialdemokratischen Partei.

Das Konzept *Bahn 2000* wurde mit zwei Ausnahmen von allen untersuchten Bevölkerungsgruppen mehrheitlich befürwortet. Einzig die Landwirte und die SVP-Sympathisanten lehnten ab. Ebenfalls unter dem Durchschnitt lag die Zustimmung in ländlichen Gegenden. Es zeigt sich, dass *Bahn 2000* vor allem als Vorhaben verstanden wurde, das den Bewohnern städtischer Zentren Vorteile bringt, während offensichtlich auf dem Land der Nutzen geringer, die Kulturlandverluste umso höher eingeschätzt wurden.

Die Befürworter machten für ihren Entscheid vor allem Argumente für die Bahn und die Verbesserung des Verkehrsangebotes geltend. Erst in zweiter Linie kamen Umweltschuttmotive und Argumente für die Bahn als Alternative zur Strasse zum Tragen, während die Förderung des Regionalverkehrs lediglich eine untergeordnete Rolle spielte. Die zu hohen Kosten und die Meinung, es bestehe kein Bedarf nach zusätzlichen Verkehrsleistungen, überwogen auf der Gegenseite. Insgesamt wurden die Vorteile eines Ausbaus des öffentlichen Verkehrs von einer Mehrheit der Befragten stärker gewichtet als die damit verbundenen Kosten und Umweltbelastungen. Die Stellungnahmen zu einzelnen im Abstimmungskampf genannten Argumenten deuten darauf hin, dass grundsätzliche ökologische Überlegungen für den Stimmentscheid keine entscheidende Rolle spielten. Die Opposition gegen die Vorlage richtete sich mehr gegen bestimmte Ausbaustrecken als gegen eine Verbesserung des Verkehrsangebotes allgemein.

Die Ablehnung der *Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung* war weitverbreitet. Drei Bestimmungsfaktoren prägten den Stimmenscheid: Erstens spielten soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen eine Rolle. Frauen, Jüngere (bis 40 Jahre) und Alleinstehende stimmten der Revision tendenziell stärker zu als andere Gruppen. Zweitens machte sich der «Links-Rechts-Gegensatz» bemerkbar. Einzig die Anhänger linker und grüner Parteien unterstützten die Vorlage mehrheitlich. Drittens wurden bei dieser Abstimmungsfrage regionale Unterschiede deutlich. Die Tessiner legten überdurchschnittlich häufig ein Ja in die Urnen.

Vergleicht man die Entscheidungsmotive der Befürworter und Gegner, so stehen sich zwei grundsätzliche Haltungen gegenüber: Die Ja-Stimmenden betonten die Idee des Schutzes von Frau und Mutter, während für die Gegner pragmatische Finanz- und Vollzugsaspekte im Vordergrund standen. Die finanziellen und eher technischen Probleme der Revision der Krankenversicherung dürften für den Ausgang der Abstimmung nicht entscheidend gewesen sein. Bedeutender war die Haltung der Stimmenden zur Mutterschaftsversicherung. Weiter zeigt sich, dass über die Kostendämmung kein Konsens besteht. Auch Lösungsvorschläge, die nicht noch mit einer Mutterschaftsversicherung zusätzlich belastet sind, dürften es bei den Bürgern schwer haben.

Mit Ausnahme der SVP-Sympathisanten haben alle untersuchten Merkmalsgruppen der *Rothenthurm-Initiative* zugestimmt. In besonders starkem Masse taten dies die Sympathisanten der Parteien der politischen Linken, die Grünen sowie die LdU- und EVP-Anhänger. Sehr stark unterstützt haben das Volksbegehren weiter die unter 40jährigen, die Städter, die Frauen und jene Befragten, die angaben, der Ausgang der Abstimmung habe für sie eine grosse Bedeutung. In der französischen Schweiz fand die Initiative weniger Zustimmung als in den deutschschweizer Kantonen.

Die Interpretation der Entscheidungsmotive zeigt, dass Naturschutzargumente bei der Stimmabgabe mit Abstand die wichtigsten Entscheidungsgrundlagen lieferten. Die Natur und speziell die Hochmoorlandschaften in Rothenthurm zu schützen, stand eindeutig im Vordergrund (63% der Befürworter = 46% aller Stimmenden). Rund ein Fünftel der Befürworter erklärte, mit ihrem Ja beabsichtigten sie, den geplanten Waffenplatz in Rothenthurm zu verhindern. Die Meinung, die Initiative sei ausschliesslich gegen die Armee gerichtet gewesen, lässt sich aufgrund der Befragung nicht stützen. Nur gerade 5 Prozent der Befürworter (3% aller Stimmenden) verstanden ihren Entscheid als überzeugtes Votum gegen die Armee. Die Stellungnahmen zu einzelnen im Abstimmungskampf angeführten Argumente zeigen, dass sich Befürworter wie Gegner in ihrer Argumentation stark unterscheiden: entweder unterstützte man sehr klar und aus spezifischen Motiven die Initiative, oder man sprach sich aus den genau umgekehrten Gründen entschieden gegen das Volksbegehren aus.

ZÜRCHER BEITRÄGE ZUR POLITISCHEN WISSENSCHAFT

Herausgegeben von Prof. Dr. Daniel Frei und Prof. Dr. Ulrich Klöti

- Band 7: Beat Moser: **Ethnischer Konflikt und Grenzkrieg.** Ursachen innen- und außenpolitischer Konflikte in Afrika.
376 Seiten, Fr. 38.- (1983) ISBN 3 7253 0198 0
- Band 8: Ulrich Schmid: **Wahlkampffinanzierung in den USA und in der Schweiz**
270 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0235 9
- Band 9: Beat Moser: **Konflikt und Kooperation der Dritten Welt mit Industrieländern.**
364 Seiten, Fr. 48.- (1985) ISBN 3 7253 0236 7
- Band 10: Hans-Jakob Mosimann: **Befangenheit im Konsumentenschutz?** Bundesbehörden im Widerstreit der Interessen.
310 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0239 1
- Band 11: Heinz Krummenacher: **Internationale Normen und Krisen.** Die normative Dimension internationaler Politik
246 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0253 7
- Band 12: Kurt Nüssli: **Föderalismus in der Schweiz.** Konzepte, Indikatoren, Daten.
380 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0262 6
- Band 13: Philippe Grossen: **Das Bild der UNO in der Schweizer Tagespresse.**
174 Seiten, Fr. 38.- (1986) ISBN 3 7253 0265 0
-

Weitere Literatur zur Schweizerischen Politik:

Ulrich Klöti, unter Mitarbeit von Richard Degonda:

Regierungsprogramm und Entscheidungsprozeß. Eine Erfolgskontrolle der Regierungsrichtlinien des Bundesrates für die Legislaturperiode 1975-1979.

Publikationen des Schweizerischen Nationalfonds, Band 39, Bern 1986.

Handbuch Politisches System der Schweiz / Manuel Système politique de la Suisse
Band / Volume 1: Grundlagen / Le Contexte. Hrsg. / Ed. A. Riklin. Geb. Fr. 40.-
Band / Volume 2: Strukturen und Prozesse / Structures et processus. Hrsg. / Ed. U. Klöti. Geb. Fr. 32.-
Band / Volume 3: Föderalismus / Fédéralisme. Hrsg. / Ed. R.E. Germann / E. Weibel. Geb. Fr. 32.-

KLEINE STUDIEN ZUR POLITISCHEN WISSENSCHAFT

Die «Kleinen Studien zur Politischen Wissenschaft» können zum Preis von Fr. 5.– pro Nummer bei der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Münstergasse 9, 8001 Zürich, oder Weinbergstrasse 59, 8006 Zürich, bezogen werden.

- 254 Dieter Ruloff (Hrsg.): Politische Risiko-Analyse. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 253 Theo Haldemann und Ulrich Klöti (Hrsg.): «Sparen» in der öffentlichen Verwaltung. Die Hayek-Analyse in der Stadt Zürich. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 252 Kurt Nüssli: Neokorporatismus in der Schweiz. Regionalpolitik
- 251 Kurt Nüssli: Neokorporatismus in der Schweiz. Umweltpolitik
- 250 Erwin Rüegg: Neokorporatismus in der Schweiz. Berufsbildungspolitik
- 249 Erwin Rüegg: Neokorporatismus in der Schweiz. Landwirtschaftspolitik
- 248 Kurt Nüssli: Neokorporatismus in der Schweiz. Gesundheitspolitik
- 247 Erwin Rüegg: Neokorporatismus in der Schweiz. Verkehrspolitik
- 246 Theo Haldemann: Einführung in die Kausalanalyse mit LISREL (lineare Gleichungssysteme)
- 245 Ulrich Klöti: Politische Wissenschaft in der Schweiz
- 243–244 Sandro Cattacin: Neokorporatismus in der Schweiz. Die Fremdarbeiterpolitik
- 241–242 Armin Kühne: Neokorporatismus in der Schweiz. Fallbeispiel: Arbeitszeitpolitik
- 239–240 Madeleine Höfli: Perceptions and Positions in the International Debt Crisis. An Analysis of Public Statements made by Government Representatives in Developing and in Industrialized Countries
- 237–238 Barbara Sostaric: Zusammenhänge von Rüstung und Entwicklung: eine empirische Untersuchung
- 235–236 Christine Fürst: Integration im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)
- 234 Ulrich Klöti und Franz-Xaver Risi: Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz
- 233 Theo Haldemann: Kreuztabellenanalyse: Anteilsdifferenzen und Effektenanalyse (d-Ansatz von James A. Davis)
- 232 Daniel Frei / Dieter Ruloff (Hrsg.): Internationale Zusammenarbeit. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 231 Anita Lebrecht: Semantische Analyse ausgewählter strategischer Begriffe der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
- 230 Ulrich Klöti und Daniel Frei (Hrsg.): Öffentliche Verwaltung im internationalen Kontext. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 228–229 Stephan Kux: The People's Republic of China's Perception of West Europe 1960–1981. A Content Analysis of the People's Daily
- 227 Ulrich Klöti und Kurt Nüssli: Die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Ein Reformversuch zwischen staatspolitischen Idealen und finanziellen Interessen

- 226 Daniel Frei und Dieter Ruloff (Hrsg.): Strategische Kognition. Beiträge zu einem Forschungsseminar**
- 225 René Häusler: Der Einfluss der Kultur auf das Krisenverhalten Grossbritanniens im Falklandkonflikt
- 222-224 Beat Moser und Werner Reimann: Datenauswertung in der Politischen Wissenschaft (2. verbesserte Auflage)
- 221 Dieter Ruloff und Christian Catrina (Hrsg.): Grossmachtrivalität und Dritte Welt. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 220 Bernadette Koller: Der Einfluss externer Kriege auf die interne Konfliktivität von Staaten: Ein Beitrag zur Konfliktverknüpfungsproblematik**
- 219 Roland Sigrist: Das selektive Verhalten des Bundesrates bei der Verarbeitung von Motionen und Postulaten
- 217-218 Philippe Grossen: Abhängigkeit und politische Stabilität afrikanischer Staaten**
- 216 Martin Gollmer / Theo Haldemann: Aspekte der Implementation des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete**
- 215 H.-M. Binder: Politische und sozio-ökonomische Determinanten kommunaler Politik
- 214 Daniel Frei (Hrsg.): Konflikt und Kooperation in den Ost-West-Beziehungen. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 212-213 Werner Reimann: Kontakte und Einstellungen - Ergebnisse einer Rekrutenbefragung
- 211 Mary-Anne Moser: Politikberatung durch Politische Wissenschaft. Beiträge zu innenpolitischen Fragestellungen

** = bereits vergriffene Nummern

▯▯▯▯ *Abstimmungen und Wahlen*

▯▯▯▯ *Votations et élections*

Beiträge:

W. Linder: Editorial; I. Einleitung: D. Joye: «Développement méthodologique et analyse du vote; II. Wahl- und Abstimmungsverhalten: R. Ritschard: Nationalratswahlen 1971–1983: Widerspiegelung, Abschwächung oder Revitalisierung historischer Konfliktachsen? / C. Longchamp: Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens / R. Burger: Disziplinierte Wähler und attraktive Kandidaten, Panaschierprofiteure und Parteiaffinitäten bei den Stadtratswahlen in Thun 1986 und den Grossratswahlen in Basel 1984 / D. Joye und R. Knüsel: Elections au Conseil d'Etat vaudois, 1986 – un sondage «sortis des urnes» / P. Gilg: Stabilität und Wandel im Spiegel des regionalen Abstimmungsverhaltens; III. Institutionen der direkten Demokratie: C. Moser: Erfolge kantonaler Volksinitiativen nach formalen und inhaltlichen Gesichtspunkten / R. App: Initiativen und ihre Wirkungen auf Bundesebene seit 1974 / B. Hofer: Die Volksinitiative als Verhandlungspfand, S. Möckli und P. Stahlberger: Landsgemeindedemokratie / B. Wehrli-Schindler: Demokratische Mitwirkung an der Raumplanung; IV. Ausblick: E. Gruner: Die direkte Demokratie in der Bewährungsprobe; V. Bibliographie: A. Lachat: Schweizerische Bibliographie zur politischen Wissenschaft 1987.

1987. 347 Seiten, Fr. 45.– (ISBN 3-258-03874-0)

Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Band 27 (1987)
Veröffentlichungen der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft
Annuaire suisse de science politique, Vol. 27 (1987)
Publiications de l'Association suisse de science politique

Redaktion / Rédaction / Editor: Prof. Dr. Wolf Linder, Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern

Zu den folgenden Themen wurden 1986 und 1987 Repräsentativ-Befragungen mit persönlichen, standardisierten Interviews durchgeführt. Die Zahlen in Klammer betreffen die Fragennummern bzw. das Erhebungsjahr.

I A Gesellschaft

Interessengegensätze zwischen verschiedenen Gruppen: Arbeitgebern/Arbeitnehmern, Leuten mit Volksschulbildung/Akademikern, Leuten mit Kindern/Leuten ohne Kinder, Jungen/Alten, Männern/Frauen, Erwerbstätigen/Rentnern (4, 86/87) – soziale Ungleichheit: Einkommensverteilung, Berechtigung von Einkommensunterschieden (8, 87) – Formen des Zusammenlebens: allein, Wohngemeinschaft, Altersheim, Familie (3, 86/87) – Kontaktarmut, soziale Isolation (2, 86) – Ehe und Heirat (5, 86/87) – Beruf und Familie (6, 86/87) – Familiengrösse (7, 87) – Ausländerintegration (1, 86)

I B Wohnen

Bewertung der Wohnungseigenschaften: Grösse, Komfort, Helligkeit, Miete/Kosten, Verhältnis zum Vermieter/Nachbarn/Quartier, Nähe der Infrastruktur, Umgebung (8, 86/87) – Standort der Wohnung (1, 86/87) – Idealvorstellung von Wohnort (Stadt/Land) und Art der Wohnung (Einfamilien-/Mehrfamilienhaus) (2, 86/87) – Hausbesitz (3, 86/87) – Wohnungsmarkt (4, 86) – Rechte der Mieter, Mieterschutz (5, 86) – Anzahl Zimmer der Wohnung (6, 86/87) – Mietzinsanteil des Einkommens (7, 86/87) – Stellenwert der Wohnqualität (9, 87) – beabsichtigter Wohnungswechsel (10, 87) – Stellenwert und Nutzung des städtischen Angebots (Einkauf, Freizeit) (12, 87) – Stadtleben: Unterhaltung oder Einsamkeit? (13, 87)

I C Gesundheit

Heutiger Gesundheitszustand (1, 86/87) – Gesundheitszustand vor einem Jahr (2, 86) – Förderung der eigenen Gesundheit (3, 86) – Einschränkungen im täglichen Leben durch Krankheiten (4, 86) – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 12 Monaten (5, 86) – Belastungen/Veränderungen im Leben (6, 86) – berufliche Belastung (7, 86) – Stellenwechsel (8, 86) – Lebensgewohnheiten: Ernährung, Bewegung, Erholung (9, 86) – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 4 Wochen (10, 87) – Arbeitsstunden pro Woche im Beruf (11, 87) – Arbeitsstunden pro Woche ausserhalb des Berufs (12, 87) – Arbeitsbelastung, Arbeitsdruck (13, 87) – Wunsch nach Arbeitsreduktion und Stellenwechsel (14, 87) – Einstellung gegenüber Gesundheit und Krankheit: Vererbung, Medikamenteneinnahme, Genuss versus Askese, Vorbeugung (15, 87)

I D Ausbildung

Wichtigkeit von Erziehungs-, Schul- und Bildungsfragen (1, 87) – Kenntnisse der Einstellung politischer Parteien zu Erziehungs-, Schul- und Berufsbildungsfragen und deren Gewicht bei Wahlentscheidungen (2, 87) – Stellenwert eines Eidgenössischen Fähigkeitsausweises (3, 87) – Stellenwert eines Universitätsdiploms (4, 87) – Bilanz der Schul- und Ausbildungszeit und berufsbegleitender Ausbildung (5, 87) – Bewertung von Aussagen/Zielen des schweizerischen Schulsystems und gewünschte Änderungen um diese Ziele zu erreichen: nötiges Allgemeinwissen, kritisches Gesellschaftsbild, Selbsterkenntnis, Berufskennntnisse, beruflicher Aufstieg, Matura möglich für jeden, Diplome nur für die Besten, den neuen Technologien angepasst, Grundkenntnisse (6, 87) – Schulreformen: Notwendigkeit, Ursache von Problemen mit Eltern/Schülern/Lehrern, Schulreformen im eigenen Kanton (7, 87) – Stellungnahmen zu: Anzahl Schüler pro Klasse, zweite Nationalsprache in Primarschule, Unterrichtsmethoden in Mathematik, Einführung von Informatik, Lehrplan, obligatorische Schulzeit, Maturitätsalter, Praktika, Aufnahmeprüfungen an Universitäten, Stipendien (7, 87)

I E Kultur

Identifikation mit Objekten verschiedener Epochen/Zeiten (1, 86) – allgemeines kulturelles Interesse (2, 86/87) – kulturelle Situation in der Schweiz (3, 86/87) – Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen: Häufigkeit, verschiedene Arten wie Fussballmatch, Chilbi, Alpaufzug, Opernabend (4, 86) – Bewertung der einzelnen Kulturträger (5, 86) – Kulturpolitik der politischen Parteien (6, 86) – Kulturför-

derung : Aufgabe von Bund/Kantonen/Gemeinden/Privaten (7, 86) – Kulturinitiative (8, 86) – Massnahmen der Kulturpolitik : Einrichtung von Museen/Bibliotheken/Theater, Subventionen für Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen, Verzicht auf öffentliche Unterstützung (9, 86) – Nutzung des kulturellen Angebots in grossen Städten, in der Region und am Wohnort (10, 87) – Ablehnung des Kredites für die CH 91 (11, 87) – Massnahmen der öffentlichen Hand : Förderung von schweizerischen Werken in den Kultursprachen, Dialektförderung, Werkübersetzungen, Steigerung des Kulturteiles in den öffentlichen Medien, Förderung des schweizerischen Films (12, 87) – Künstlerische Fächer an Schulen (13, 87) – Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Schriftsteller (14, 87) – kulturelle Präferenzen (15, 87) – Nutzen von Aufwendungen für kulturelle Zwecke (16, 87) – Vertrauen in Kulturfragen zu den politischen Parteien (17, 87) – Einfluss von Engagement in Kulturfragen bei Wahlentscheiden (18, 87)

I F Freizeit

Freizeit : Privatsache oder Aufgabe der öffentlichen Hand? (1, 86) – Unterstützung von Initiativen : Schaffung von Grün- und Freiflächen, Spielfläche für Kinder, Sportanlagen für alle, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Schulhöfe als Freizeistätten, Parks, Schaffung von Wohnstrassen, Umwandlung von Rasenflächen in Nutzgarten (2, 86) – Einkommen versus Freizeit (3, 86) – Ausgaben im Freizeitbereich : Reisen, Auto, Video, Bücher, Ausgehen, Wohnungseinrichtung, Sportausrüstung, Heimwerken, Weiterbildung, Sparen (4, 86) – Freizeitaktivitäten : Fernsehen, Zeitungen/Bücher lesen, nichts tun, Spaziergehen, Einkaufen, Besuche, Radio hören, Familie/Kinder, Reisen, Garten, Basteln, Sport, Weiterbildung, Nebenverdienst (5, 86) – bevorzugte Tätigkeiten bei Arbeitsreduktion (6, 86) – Zufriedenheit mit Leben, Freizeit und Arbeit (7, 87 und 14, 87) – Arbeitszeit (8, 87) – Stellenwert der Freizeit (9, 87) – Ausgaben bei mehr Freizeit (10, 87) – Einschränkungen im Freizeitbereich bei kleinerem Einkommen (11, 87) – wachsendes Freizeitkonsumangebot (12, 87) – Faktoren einer befriedigenden Freizeitgestaltung : Länge der Freizeit, Geld, andere Leute, Wetter, Angebot, Beruf, Eigeninitiative, flexible Arbeitszeit (13, 87) – Häufigkeit der Ausübung einzelner Freizeitaktivitäten : Baseln, Gärtnern, Reparieren, Mitarbeit in Parteien, Vereinen und sozialen Organisationen (15, 87) – Zeitaufwand für Freizeitaktivitäten (16, 87)

I G Verkehr

Emissionen des Verkehrs, Massnahmen zu ihrer Eindämmung (1, 87) – Verfügbarkeit von verschiedenen Verkehrsmitteln : Velo, Mofa, Motorrad, Auto (2, 87) – Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln : Erreichbarkeit, Bedienungsfrequenz (3, 87) – Prioritäten der Verkehrsgestaltung : Arbeits-, Schul-, Einkaufswege, für Freizeit, Wirtschaft und Industrie, Verhinderung von Unfällen, Schutz der Umwelt, Komfort, Strukturpolitik (4, 87) – verschiedene Verkehrsbedürfnisse : Komfort, Erschliessung, Benützung privater Verkehrsmittel, Kosten, Unabhängigkeit vom Fahrplan, Gepäckmitnahme (5, 87) – Bewertung von autofreien Sonntagen, Benzinrationierung, Pfortneranlagen, Geschwindigkeitsreduktion, Öko-Bonus, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, Riegeln, Sperren (6, 87)

I H Kommunikation

Mediennutzung : Fernsehen, Radio DRS, Lokalradio, Tageszeitung, Zeitschriften, Bücher (1, 86/87) – Nutzung von : Tagesschau/Nachrichten, Informationssendungen, Unterhaltung, Lokalteilen, Illustrierten/Zeitschriften, Fachbüchern (2, 86) – Organisationsform der SRG (3, 86) – Bekanntheit neuer Medien (4, 86) – Nutzung von : Kabelfernsehen, Videorecorder, Satelliten-TV, Videotex, Pay-TV (5, 86/87) – Zufriedenheit mit Programm von SRG-Fernsehen, ausländischen TVs, SRG-Radio, Lokalradios, Zeitungen (6, 86) – Änderungswünsche in bezug auf Medien und deren Angebote (7, 86) – Bekanntheit des für den Medienbereich zuständigen Departements (8, 86) – Bekanntheit von medienpolitischen Fragen (9, 86) – Nutzung von : Tagesschau/Nachrichten, politischen Informationssendungen, Kultur/Bildung/Wissenschaft, Ratgeber sendungen, Sport, Quiz/Spielen, Familienserien, Musik, Abenteuer- und Spielfilmen, Regionalem, Illustrierten/Zeitschriften, Fachbüchern (10, 87) – Mediennutzung : Häufigkeit von Fernsehen, Radiohören, Zeitungslesen (11, 87) – Fernsehempfang durch Antenne/Kabelfernsehen, Teletext, Anzahl Sender, Einschaltquote einzelner Sender (12, 87) – Zufriedenheit mit TV-Angebot, gewünschter Sender für zusätzliche Programme, gewünschte zusätzliche Programme : Aktuelles, Politik, Regionales, Kultur/Bildung/Wissenschaft, Ratgeber sendungen, Sport, Quiz/Spiele, Familienserien, Abenteuer- und Spielfilme (12, 87) – Besitz und Nutzung von Videorecorder : Kauf, Entlehnung, Selbstaufnahme (14, 87) – Teleclub-Mitglied (15, 87) – Besitz und Nutzung von Personal Computer : Textverarbeitung, Buchhaltung, Programmierung, Weiterbildung, Spiele (16, 87)

II Umwelt

Ursachen des Waldsterbens (1, 86/87) – Kenntnisse über Vorschriften zum Umweltschutz (2, 86/87) – technischer Fortschritt, Lösung für Umweltprobleme, Tragbarkeit der Kernenergieisiken, Notwendigkeit von Verhaltensänderungen, Technologiegläubigkeit, Umweltbelastung als Preis für Wohlstand (3, 86) – Einfluss verschiedener Gruppen im Umweltschutz (4, 86) – gewöhnlicher Einfluss im Umweltschutz von: Gewerbe/Industrie, Natur- und Umweltschutzverbänden, Wissenschaftlern/Technikern, Bundesrat/Kantonsregierungen, politischen Parteien, betroffener Bevölkerung, Gewerkschaften (5, 86) – Kostenträger des Umweltschutzes: direkte oder indirekte Steuern?, Bereitschaft, Aufschlag auf Einkommenssteuer zu zahlen (6, 86/87) – Bereitschaft, Mehrkosten für Heizung in Kauf zu nehmen (7, 86/87) – Staatsausgabenreduktion zugunsten des Umweltschutzes: Ja/nein, in welchen Bereichen? (8, 86/87) – Verhaltensänderungen wegen Umweltschutz: (Selber/andere), Bereitschaft, eigenes Verhalten zu ändern: Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Motorabstellen bei Rotlicht, Beachtung des Stromverbrauches bei Neuanschaffungen, Unterstützung von Umweltorganisationen, Mitmachen an Umweltschutzaktionen, Verzicht auf umweltschädliche Produkte, Vermeidung von Abfall/Pollution, Katalysator (9, 86/87) – Zukünftige Gesellschaftsentwicklung: Wirtschaftswachstum oder Umweltschutz? Bereitschaft zu Risiken für Wohlstand, menschliche Qualitäten oder Leistungsgesellschaft? menschliche Bedürfnisse oder wirtschaftliche Bedürfnisse? demokratische Entscheidungsstruktur oder Delegation an Behörden? (15, 87) – Notwendige Massnahmen der Behörden: Lärmbekämpfung, Gewässerschutz, Raumplanung, Abgasreduktion von Heizungen, Industrie und Autos, Abfallbeseitigung, Landwirtschaft, Energiesparen, Naturschutz, Bodenschutz, Förderung des öffentlichen Verkehrs, radioaktive Strahlung (16, 87) – Informationsquellen über Umweltfragen: Zeitungen, elektronische Medien, Familie/Bekannte, Arbeitskollegen, Fachliteratur, Vorträge, Interessengruppen (17, 87)

II A Staat

Zufriedenheit mit dem Leben (allg.) und der schweizerischen Politik (1, 86/87) – Erfahrungen mit staatlichen Stellen: Steuerverwaltung, PTT, Gemeindeverwaltung, Verkehrsbetriebe, Polizei, Strassenverkehrsamt, Armee (2, 86/87) – Einstellung zu Föderalismus, Kollegialregierung, Konkordanz, Milizparlament, Sozialpartnerschaft, Referendum, Volksinitiative, Vernehmlassungsverfahren (3, 86/87) – dringlichste Probleme zuhanden des Bundesrates (101, 86/87) – Fähigkeit des Staates, politische Probleme zu lösen (4, 86/87) – Ausdehnung der Staatstätigkeit (5, 86/87) – neue Staatsaufgaben, Gebiete wo kleinere Staatstätigkeit gewünscht (6, 86) – Aufgabenteilung zwischen Bund/Kantonen/Gemeinden: Polizei, Aussenpolitik, Landesverteidigung, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Sozialversicherungen, Raumplanung, Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik, Forschung (7, 86) – Föderalismus: Verbindung für verschiedene Sprachgruppen, Brücke für konfessionelle Gegensätze, Ausgleich zwischen Stadt/Land, Autonomie für Regionen, Ausgleich zwischen Arm/Reich (8, 87)

II B Direktdemokratische Einrichtungen

Politisches Interesse (1, 86/87) – Parteibindung (2, 86/87) – Beurteilung der Parteien bezüglich Wirtschafts-, Energie-, Sozial-, Verkehrs-, Umwelt-, Ausländer-, Finanz- und Medienpolitik (7, 86/87) – Teilnahmeverhalten an Abstimmungen (9, 86/87) – Entscheidungsgrundlagen vor Wahlen: Parteiprogramme, Sachfragen, Personen (11, 86) – Diskussionshäufigkeit über Politik in Familie, Schule, Freundes- und Bekanntenkreis (8, 86) – Schweizer Stimm- und Wahlrecht und die Einflussmöglichkeiten in der Politik (5, 86) – Einstellung gegenüber Reformen (4, 86) – Machtzentren in der Schweiz: Bundesrat, Parlament, Gerichte, Verwaltung, Wirtschaft und Lobbies, Gewerkschaften, Parteien, Kantone, Volk (6, 86/87) – Vertrauen in die Regierung (3, 86/87) – Selbsteinschätzung des politischen Standpunktes zwischen rechts und links (12, 87) – Bereitschaft zur politischen Aktivität: Unterschriftensammeln, Teilnahme an Demonstrationen, Konsumboykott, Streiks, Parolen an Hauswänden malen, physischer Widerstand gegen die Polizei, Leserbrief schreiben, Bekannte in politische Gespräche verwickeln, Bürgerinitiativen (13, 87) – Gewinnchancen verschiedener Parteien bei Wahlen (14, 87)

II C Recht

Rechtskenntnisse: Vereinsrecht im OR, ZGB, BV oder Vereinsgesetz? (1, 86) – Rechtskenntnisse: Rückzugsrecht bei Verträgen, Häufigkeit von Vertragsabschlüssen, Vertragsarten, Verbindlichkeit von mündlichen Verträgen (2, 86) – wichtigste Aufgabe des Rechts (3, 86) – Stellenwert und Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit in der Schweiz (4, 86 und 5, 86) – Vertrauenswürdigkeit von Juristen: Richter, Verwaltungsjuristen, Anwälten, Notaren, privatwirtschaftlich tätigen Juristen, wissenschaftlich

tätigen Juristen (6, 86) – wichtigste Aufgabe des Strafrechts: Vergeltung, Schutz vor Verbrechen oder Widereingliederung von Straftätern? (7, 86) – Totalrevision der Bundesverfassung: Notwendigkeit, sprachliche und/oder inhaltliche Revision? (9, 86) – Verhalten im Konfliktfall: Flucht, Gespräch, Gerichtsklage (10, 86) – Beachtung/Einhaltung von Gesetzesvorschriften, Gründe: Angst vor Sanktionen, Autoritätsgläubigkeit, Notwendigkeit für Zusammenleben (11, 86) – Völkerrecht: Unerlässliche Basis für weltweiten Frieden? Erwartungen, Rolle der Schweiz (12, 86) – Vorstellung von Menschenrecht/Grundrecht, Nennung einzelner Menschenrechte (13, 87) – Berechtigung der Einschränkung von Menschenrechten: Nie, nur im öffentlichen Interesse, durch Behörden (14, 87) – Verwirklichung der Rechtsgleichheit (15, 87) – Gesetzeszahl: zuviel oder zuwenig? (16, 87) – Bereiche mit zuvielen Gesetzen: Steuerrecht, Strassenverkehrsrecht, Baurecht, Arbeitsrecht, Eherecht, Umweltschutzrecht?, Bereiche mit zuwenig Gesetzen (17, 87) – Umweltschutzrecht: Verbote, Anreize, Kontrolle, Strafen (18, 87) – Rechtsunterricht in Schulausbildung, Berufs-Ausbildung, Studium (19, 87) – vermehrte Ausbildung in Rechtsfragen? (20, 87) – Interesse an Rechtsfragen (21, 87)

II D Staatsfinanzen

Verteilung der Staatsfinanzen: Entwicklungshilfe, Landesverteidigung, Bildungswesen, Forschung, Altersvorsorge, Gesundheitswesen, Strassenbau, Abfallwirtschaft, Pollution (1, 86/87) – Massnahmen bei Defiziten von Bund/Kantonen/Gemeinden: Erhöhung der Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer, Kreditaufnahme oder Reduktion der Ausgaben (2, 86) – Steuermoral im Vergleich zu Versicherungsbetrug, Angabe von Nebeneinkommen/Vermögen (3, 86) – Gründe/Rechtfertigung von Steuerhinterziehung: Inflation, zu hohe Staatsausgaben, zu hohe Steuern, Sanktionen, Begünstigung der Reichen durch Steuersystem, Ehrlichkeit, da keine andere Wahl, Risiko erwischt zu werden gering, keinen direkten Schaden, Kavaliärsdelikt, Bürgerpflicht (4, 86) – Ausgaben im Umweltbereich: zur Information des Verbrauchers, Ausstattung der Behörden zur verbesserten Kontrolle, Förderung der Forschung von Hochschulen/Privatwirtschaft, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beseitigung von Umweltschäden, Subventionierung umweltfreundlichen Verhaltens, Umweltexperten als Berater des Bundesrates (5, 87) – Kenntnisse über staatliche Einnahmequellen: Einkommens- und Vermögenssteuer, Ertragssteuern, Liegenschaftssteuern, Vermögensgewinnsteuern, Verrechnungssteuern, Erbschaftssteuern, Handänderungssteuern, Stempelabgaben, Warenumsatzsteuern, Tabaksteuern, Treibstoffzölle, Motorfahrzeugsteuern (6, 87) – Kenntnisse über Staatsausgaben: Verwaltung, Rechtspflege, Polizei, Beziehungen zum Ausland, Landesverteidigung, Unterricht/Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Raumplanung, Verkehr/Energie, Landwirtschaft, Finanzausgaben (7, 87) – Erhöhung/Reduktion der Verkehrsausgaben: Autobahnen/Nationalstrassen, übriger Strassenbau, Leistungsangebot und Tarif erleichterungen des öffentlichen Verkehrs, Bekämpfung der Immissionen, Verkehr allgemein (8, 87) – Nutzen einzelner Aufgabenbereiche: Landesverteidigung, Unterricht/Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Verkehr, Landwirtschaft (9, 87) – Steuergelder: Bund ist Haushälterisch/verschwenderisch (10, 86) – Steuerbelastung in der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland (10, 86) – persönliche Bilanz: Steuerbelastung/Staatsleistungen (10, 86)

II E Sozialversicherung

Anteil der Sozialversicherung an der Lohnsumme (1, 86) – Bedrohung des finanziellen Gleichgewichts der AHV (2, 86) – Sanierungsvorschläge für die AHV: Beitragserhöhungen für Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Staatsbeiträge, Rentenkürzungen (3, 86) – ideales Rentenalter für Frauen und Männer (4, 86) – bevorzugte Altersvorsorgesysteme: 3-Säulenprinzip versus Volkspension (5, 86) – Anteil der Krankenkassenprämien an Gesundheitskosten (6, 86) – Bereitschaft zum Beitritt bei Gesundheitskassen (HMOs): Um wieviel müsste die Prämie niedriger sein? (7, 86) – Bereitschaft zum Beitritt (HMO), wenn Hausarzt Mitglied wäre (8, 86) – Selbstbeteiligung in der Krankenkassenversicherung: Erhöhung/Senkung, bisherige Regelung, Wahl zwischen verschiedenen Selbstbeteiligungsgraden, Bonus-Malus-System (9, 86) – Für/gegen Ausbau der Sozialversicherungen (10, 87) – Kenntnisse über Abzüge im Rahmen der Selbstvorsorge (3. Säule) (11, 87) – Zivilstandsunabhängige AHV-Renten (12, 87) – Kinderbonus in der AHV (13, 87) – Dringlichkeit der Freizügigkeit beim Stellenwechsel (Pensionskassen) (14, 87) – obligatorisches Mutterschaftstaggeld: Dafür/dagegen (15, 87) – Mutterschaftsversicherung: Dafür/dagegen, Finanzierung über Lohnprozente, Steuern, Kopfprämien oder freiwillige Privatversicherung (16, 87) – Konkurrenz der amerikanischen Luxuskliniken nützlich oder schädlich?, Stellungnahme zum Recht der Kantone, bestimmen zu können, welche Spitäler Krankenkassenleistungen beanspruchen dürfen (17, 87) – heutiges System der Entschädigung der Ärzte nach Einzelleistungen erhöht die Behandlungskosten: Ja/nein, Befürwortung von alternativen Entschädigungsmodellen (18, 87)

III A Landwirtschaft

Einkaufen : Welches Haushaltungsmittglied kauft die Nahrungsmittel ? (1, 86) – Nahrungsmittelkauf : Schweizerische Landwirtschaftsprodukte im Verhältnis zu ausländischen in bezug auf Preis, Qualität, biologischen Anbau (2, 86/87) – Erhaltung der Landwirtschaft für Selbstversorgung im Krisenfall (3, 86) – Landschaftspflege : Aufgabe der Landwirtschaft, des Tourismus oder von Landschaftsgärtnern, Erhaltung der Berglandwirtschaft (4, 86/87) – profitierende Gruppen der Agrarpolitik : Klein-, Grossbauern, Tal-, Berglandwirte, Händler, Grossverteiler, Detailhandel, Tourismus, Konsument (5, 86) – Kostenträger der Landwirtschaftspolitik : Steuerzahler, Konsument, Bund (6, 86) – Förderungswürdigkeit verschiedener Betriebsformen : Gross-, Kleinbetriebe, biologische Betriebe, flächenunabhängige Grossbetriebe (7, 86/87) – Förderung einer naturnahen Landwirtschaft durch Steuer auf Nahrungsmitteln (8, 87) – Bereitschaft, Milch von mit Hormonen behandelten Kühen zu kaufen (9, 87) – Auswirkungen auf den Konsum von Milchprodukten durch nichtnachweisbare Hormonbehandlungen (10, 87) – biotechnologische und gentechnologische Methoden im Pflanzenanbau/Tierhaltung zur Qualitätsverbesserung von Nahrungsmitteln, Steigerung der Milch- und Mastleistung, Krankheitsverhinderung, Krankheitsbekämpfung, Ertragssteigerung im Pflanzenbau, Sortenverbesserung, Schädlingsbekämpfung (11, 87)

III B Wirtschaft

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz (101, 86) – Branchen der schweizerischen Wirtschaft (102, 86) – bedeutendste Schweizerfirmen im Ausland (103, 86) – Ruf der Schweizerfirmen im Ausland (104, 86) – Verhältnis des ausländischen Firmenbesitzes in der Schweiz zum schweizerischen Firmenbesitz im Ausland (106, 86) – Beurteilung von Prosperität, Löhnen und Zukunftschancen in Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Textil-/Schuhfabrikation, Handel, Unterricht/Wissenschaft, Versicherungsgesellschaften, Maschinen-/Apparateindustrie, Nahrungs-/Genussmittelindustrie, Chemische Industrie, Verkehr/Nachrichtenübermittlung, Öffentliche Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Hotellerie/Gastgewerbe, Uhrenindustrie, Bauwirtschaft, Holz-/Möbelindustrie, Papierindustrie (108, 86) – Beurteilung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft (109, 86) – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft führend ist (110, 86) – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft nicht mehr an der Spitze ist (111, 86) – Welche Produkte werden in der Schweiz besser produziert als im Ausland ? (112, 86) – Konjunkturabhängigkeit, persönliche Auswirkungen bei schlechter Konjunktur (114, 86) – Branchen/Firmen mit gesellschaftlichem Engagement (115, 86) – Assoziationen zu «Wirtschaft» : Persönlichkeiten, bekannte Firmen (131, 87) – Bekanntheit von Dollarkurs (132, 87) – Bekanntheit von Mitgliedschaft der Schweiz in der EFTA, Informationsquellen für Wirtschaftsfragen (133, 87) – Schätzung der Mitarbeiterzahl von schweizerischen Grossfirmen (134, 87) – Bekanntheit der grössten Gewerkschaft der Schweiz (135, 87) – Schätzung der Arbeitslosenzahl in der Schweiz (136, 87) – Interesse an Themen in den Medien : Weltgeschehen, Eidgenossenschaft, Region, Wirtschaft, Sport, Unfälle/Verbrechen, Auto, Medienprogramme, Wissenschaft/Forschung, Ferien/Reisen, Kultur, Roman, Film, Bücher, Religion (137, 87) – quantitatives und qualitatives Wachstum und ihre Förderungswürdigkeit (139, 87)

III C Arbeit

Arbeit und Leistungsbereitschaft (1, 86) – Verzicht zugunsten der Arbeit, auch im Verhältnis zum Verdienst (2, 86/87) – Vor- und Nachteile der Berufsarbeit : Betriebsklima (Mitarbeiter/Vorgesetzter), Selbstständigkeit, interessante Tätigkeit, Einrichtung des Arbeitsplatzes, Sozialleistungen, Verdienst, schlechte Luft, gehetzte, körperliche Anstrengung, Aufstiegsaussichten, psychische Belastung, Monotonie, Verantwortung, Staub, Schmutz, Lärm, Gefahren, Witterungsabhängigkeit (3, 86/87) – Zufriedenheit mit der Zahl der Arbeitsstunden (4, 86/87) – Arbeitsmotivation : Selbstverwirklichung, Verdienst, Zufriedenheit (5, 86) – Führungsstil der Vorgesetzten : Befehlen oder Überzeugen (6, 86) – Prioritäten bei der beruflichen Arbeit : Aufstiegsmöglichkeiten, Verantwortung, Sozialleistungen, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Verhältnis zu Arbeitskollegen, Lohn, Anerkennung, Vorgesetzte, Kreativität, Führungsaufgaben, Mitgestaltung des Arbeitsplatzes, Entwicklungsmöglichkeiten der eigenen beruflichen Fähigkeiten, regelmässige Arbeitszeit, gesellschaftliches Ansehen, Weiterbildungsmöglichkeiten, interessante Aufgaben (7, 86/87) – Computer am Arbeitsplatz (106, 86) – Vor- und Nachteile des Computers (107, 108, 86) – ideales Pensionsalter : Rentenkürzung, flexible Altersgrenze, bisherige Regelung (8, 87) – Einschätzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts : Nutzen oder Schaden ? (9, 87) – Interesse an technischen Neuerungen (10, 87) – Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn : Bisheriger Zustand, 40-Stunden-Woche oder zusätzliche Ferienwoche (11, 87) – Mitbestimmung in den Betrieben und ihre Auswirkungen : Arbeitsplatzgestaltung, Anstellungen, Beförderungen, Betriebs-

ordnung, Personalführung, Arbeitszeit, Löhne, Unfallverhütung/Hygiene, Verkaufskonditionen, Absatzorganisation, Entwicklung neuer Produkte, Kauf von Maschinen, Gebäuden, Finanzen (12, 87)

III D Markt

Begriff Markt, Bekanntheit verschiedener Märkte (1, 86) – Bezeichnung des schweizerischen Wirtschaftssystems und des Systems sozialistischer Länder, Begründung (2, 86/87) – Urheber der tiefstgreifendsten Einschränkungen der Marktwirtschaft in der Schweiz (3, 86/87) – Einstufung der Schweiz zwischen freier Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft (4, 86/87) – Bekanntheit von Monopolen und Kartellen in der Schweiz (6, 86) – Einstellung zu Monopolen und Kartellen: Nutzen oder Schaden? (6, 86) – Konsumentenschutz: Notwendigkeit oder Selbstverantwortung? (7, 86) – Notwendigkeit/Berechtigung von Staatseingriffen in die Wirtschaft: In welchen Bereichen, in welchen nicht? (10, 87) – Einstellung zur Werbung: Schaffung neuer Bedürfnisse oder Erhöhung der Markttransparenz? (11, 87) – Vorstellung der Kriterien zur Preisbildung (12, 87) – Beachtung von Testresultaten der Konsumentenschutzorganisationen: Gekaufte, nichtgekufte Produkte (14, 87) – Preisüberwachung: Einstellung und persönliche Betroffenheit (15, 87)

III E Geld

Verschiedene Geldformen (1, 86/87) – Kenntnisse bezüglich Golddeckung des Schweizerfrankens (2, 86) – gewünschte Höhe der Golddeckung des Schweizerfrankens (3, 86) – Voraussetzungen für Geldwerterhaltung (4, 86) – Inflationsursachen (5, 86) – Beurteilungen ausländischer Währungen: BRD, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden, Grossbritannien, USA, UdSSR, Japan (6, 86) – verschiedene Sparformen (7, 86/87) – persönliche Spartätigkeit: Art der Ersparnisse, Sparziele (8, 86) – Inflationsrate in der Schweiz (11, 87) – Bedeutung der Inflation (12, 87) – Ursache der Inflation: instabile Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, schwache Währung, Import-Exportungleichgewichte, Geldmengenerhöhung (13, 87) – Geldschaffung, Wertbestimmung des Geldes: Nationalbank, Grossbanken, Banken allgemein, Regierung, Volk, andere (14, 87) – Sparen allgemein: sinnvoll oder nicht? (15, 87) – Assoziationen zu «Sparen» (16, 87) – Eigene Spartätigkeit: Ja/nein (17, 87) – Eigene Sparformen: Sparbuch, Versicherungen, Obligationen, Aktien, Edelmetalle, Immobilien, Einschränkungen des Konsums (18, 87) – wichtigste Sparmotive: Altersvorsorge, Notfälle, Kinder, Sicherung der Unabhängigkeit, Vermögensbildung, Ausbildung, grössere Anschaffungen (19, 87) – Motive für Nicht-Sparen (20, 87) – Verwendete Zahlungsmittel: Bargeld, Checks, Aufträge vom Konto, Einzahlungen, Kreditkarten (21, 87) – Stellenwert verschiedener Lebensbereiche: Geld/Wohlstand, Umweltverhältnisse, Familie, Frieden, persönliche Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Staat, Freunde (22, 87)

III F Sicherheit und Versicherung

Gefühl der Bedrohung durch Verkehrsunfälle, Unfälle am Arbeitsplatz, Kriminalität, Wohnungskündigung, Arbeitsplatzverlust, Inflation, wirtschaftliche Notlage im Alter, Krankheiten, technische Entwicklung, Komplexität der Welt/eigene Ohnmacht, politische Veränderungen, Überfremdung, Atomkatastrophe, Krieg, Zersiedelung der Landschaft, Energieverknappung, Pollution, Lärm, Hetze, Stress, Verlust der Religion, allgemeiner Sittenzerfall, Alleinsein, persönliche Probleme (1, 86/87) – Rolle des Staates im Bereich der Vorsorge und Versicherung: Ausbau oder Abbau? (2, 86/87) – Faktoren der persönlichen Sicherheit: Arbeit, Partnerschaft, Familie, private Vorsorge/Sparen, Freunde, Freizeitbeschäftigung, Pensionskasse, Einkommen, Versicherungen, politische Stabilität, Religion, eigene Ziele, Vermögen (3, 86/87) – persönliche Versicherungen: zuviel oder zuwenig? (4, 86/87) – Assoziationen zu «Versicherungen» (5, 86/87) – Ausbau des Versicherungsnetzes: Eigenvorsorge oder zunehmender Versicherungsschutz (6, 86/87) – Stellungnahme zu Versicherungsbetrug (7, 86/87) – Kenntnisse über persönliche Versicherungen (8, 86/87)

IV A Freiheit

Land der Wahl/Begründung: Schweiz oder Ausland? (1, 86) – Gefühl der persönlichen Freiheit (2, 86) – Assoziationen zu «Freiheit» (3, 86) – gewünschte Freiheitsbereiche (4, 86) – Gefühl der persönlichen Freiheit/Unabhängigkeit, Beurteilung der Situation im Nachbarland, Benachteiligte in der Schweiz in bezug auf politische Freiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, Berufswahlfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, körperliche Freiheit (5, 86) – Gefühl der persönlichen Freiheit und die Bedeutung für das persönliche Wohlergehen, Gefahr der Benachteiligung für Minderheiten (gleiche Gliederung wie Frage 5, 86) (9, 87) – Ursachen der Einschränkung der persönlichen Freiheit (101, 87) – Bereiche der Einschränkung der persönlichen Freiheit (6, 87) – Gründe/Ursachen für Zunahme der Gesetze/Vorschriften (7, 87) – Bereiche, wo Rücksichtnahme auf andere nötig ist (8, 87)

IV B Verteidigung

Kräfteverhältnis in Europa : Sowjetunion mit Verbündeten, USA mit Verbündeten (1, 86) – weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren (2, 86) – Kriegsgefahr in Europa in den nächsten 5 Jahren (3, 86) – potentielle Verursacher eines möglichen Krieges (4, 86) – Wahrscheinlichkeit (in der Schweiz) von Terroranschlägen, Naturkatastrophen, Krieg mit Atomwaffen, Krieg mit konventionellen Waffen, Krieg mit chemischen/biologischen Waffen, wirtschaftlicher Erpressung, Energieverknappung (5, 86) – Notwendigkeit der Armee in der Schweiz (6, 86) – Verteidigungsausgaben in der Schweiz : zu hoch oder zu niedrig ? (7, 86) – Fähigkeit sicherheitspolitischer Instrumente in der Schweiz : Aussenpolitik, Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesvorsorge, Staatsschutz (8, 86) – Meinung zur Armee : Abhaltung fremder Mächte vor Angriff auf die Schweiz ?, Armee keine Chance in Krieg mit Atomwaffen bzw. mit konventionellen Waffen ? (9, 86) – Chancen der Armee ihren Auftrag zu erfüllen in bezug auf zahlenmässige Stärke, Ausbildungsstand der Truppen, Können der militärischen Führung, Bewaffnung, Ausrüstung, Mobilmachung, Gelände, künstliche Geländeverstärkungen, Gewährleistung des Nachschubs (10, 86) – Verteidigungswert der Schweiz (11, 86) – Verwirklichung von Werten in der Schweiz : persönliche Freiheit, demokratischer Rechtsstaat, Solidarität mit Benachteiligten, Zusammenhalt des Volkes, nationale Unabhängigkeit (12, 86) – Kampfwille der Armee, Widerstandswille der Zivilbevölkerung (13, 86) – Unterstellung der Rüstungsausgaben unter Volksabstimmung : Dafür/dagegen (14, 86) – geleisteter Militärdienst (15, 86) – Notwendigkeit des Zivilschutzes (16, 87) – Fähigkeit des Zivilschutzes Bevölkerung zu schützen in Nuklearkrieg, Krieg mit chemischen Waffen bzw. mit konventionellen Waffen, anderen Katastrophen (17, 87) – Informationsquellen bei Sirenenalarm (18, 87) – Schätzung der Kapazität aller Zivilschutzräume (19, 87) – Zivilschutzvorbereitungen der Schweiz im internationalen Vergleich (20, 87) – Problembewältigungskapazität der Behörden (Krieg, Katastrophen) (21, 87) – gewünschte Informationspolitik der Behörden im Kriegsfall (22, 87) – Wahrscheinlichkeit der Bedrohung durch militärische Spionage, andere Spionage, Sammeln von Informationen, Unterwanderung von Staat, Wirtschaft und Medien, Sabotage und Terror (23, 87) – Auslandsabhängigkeit der Schweiz in bezug auf Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe (24, 87) – potentieller Selbstversorgungsgrad bezüglich Nahrungsmittelproduktion (25, 87) – Aufwendungen für die Gesamtverteidigung : Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Massnahmen gegen Spionage, Terror, Aussenpolitik (26, 87) – Notwendigkeit der Mitwirkung von Frauen in der Gesamtverteidigung (27, 87)

IV C Versorgung

noch nicht definitiv

IV D Welt

Sachbereiche erwünschter internationaler Zusammenarbeit : Natur-/Umweltschutz, Teuerungskämpfung, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, militärische Verteidigung, Entwicklungshilfe, Forschung für die Wirtschaft, Förderung der Kultur, Erschliessung neuer Absatzmärkte (1, 86/87) – Distanzierung/Annäherung an andere Länder, Partnerpräferenz für Zusammenarbeit : Frankreich, Italien, Österreich, BRD, USA, UdSSR, Nigeria, Saudiarabien, Brasilien (2, 86/87) – Zukunftserwartungen in bezug auf Krieg und Frieden (3, 86/87) – Sachbereiche wahrgenommener Auslandsabhängigkeit : Konjunktur, Waldsterben, Drogenproblem, Generationenproblem, Preisschwankungen, Gefährdung der Unabhängigkeit, industrieller Erfindungsgeist, politische Strömungen und Ideen (4, 86) – Zukunftserwartungen in bezug auf Auslandsabhängigkeit der Schweiz (5, 86) – Intensität nationaler Missionsvorstellungen/Präferenzen für nationale Rollen : Zusammenleben verschiedener Völker, Demokratie, Humanität (Asyl, Spenden), Fleiss/Ordnungsliebe/Sauberkeit, Neutralität/Vermittlung (6, 86) – Zufriedenheit mit der Aussenpolitik allgemein und in Teilbereichen, gewünschte Änderungen : Entwicklungshilfe, Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen, Vermittlerdienst, Asylpolitik, Hilfe an Flüchtlingslager, Überprüfung ausländischer Gelder in Schweizerbanken, Koordination von Umweltschutzmassnahmen, bundesrätliche Reisen, Verteidigung des Bankheimnisses, Stellungnahme gegen Diktaturen, Exporthilfe für Entwicklungsländer, Einigung Europas, Schutz einheimischer Produkte vor ausländischer Konkurrenz, Mitarbeit in internationalen Organisationen, Informationspolitik über Aussenpolitik (7, 86/87) – Relevanz nationaler, europäischer und globaler Bezugsrahmen : Selbstverständnis als Europäer, Weltbürger und Schweizer (8, 87) – Präferenz für kognitive Weltkarten, Grad an Wert-Pluralismus : Nord-Süd-Konflikt, Ost-West-Konflikt, klassisch machtpolitisches Weltbild (9, 87) – Motive internationaler Zusammenarbeit : Eigennutz, nach Zielvorstellungen, Schicksalsgenossenschaft (10, 87)

X Allgemein

Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche: Ernährung, Wohnung, Schlaf, Gesundheit, Bekleidung, Arbeit/Beruf, Familie, Verwandtschaft, Freunde, Umwelt, Kultur, Bildung, Politik, Religion, Sport, Freizeit, persönliche Sicherheit, Geborgenheit, Gefühl geachtet zu sein, Komfort, Lebensziel (104, 86/87)



P.P.
8001 Zürich

*Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft
für praktische Sozialforschung
in Zusammenarbeit mit 20 Hochschulen*

DATENBANK FÜR INFORMATIONENARBEIT, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, WIRTSCHAFT, SOZIALPOLITIK



Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen,
Einstellungen und Verhalten in den Bereichen
Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

VOX, vor mehr als 10 Jahren entstanden aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft, wird seit 1986 ergänzt durch **UNIVOX**: einer neuen umfassenden Datenbank für wirtschafts-, staats- und sozialpolitische Themen.

20 Hochschuldozenten, ihre Assistenten und Assistentinnen (in St. Gallen, Zürich, Basel, Bern, Fribourg, Lausanne und Genf) kooperieren mit der GfS und kommentieren die von ihnen betreuten Stichworte einmal jährlich (vgl. vorangehende Univox-Thematik).

Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien u.a.m. haben UNIVOX bereits abonniert. UNIVOX ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, PR-Stellen, Redaktionen, Verwaltungen und Personalabteilungen.

Bereits sind zwei Jahrgänge mit Kommentaren und Tabellen zu Aktuellem und zeitlichen Entwicklungen erschienen.

Gerne informieren wir Sie über verschiedene Anwendungsmöglichkeiten von UNIVOX in Ihrer Organisation.

**UNIVOX kann bestellt werden beim
GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich.**